

*Felix Anderl, Zaha Al Ghusain, Carolin Büchter, Luisa Bühler, Judith Susanna Braun, Kely Johanna Calle, Lara Diedrigkeit, Barbara Durrer, Sophia Isa, Jan Laukötter, Jonas Oeynhausen, Jonathan Pinell, Maresa Otten, Laura Reisser*

# Kleine Stadt, großer Christopher Street Day:

Sichtbar politisiert, polizeikritisch und trans\*formativ -  
Demonstrationsbeobachtung des CSD Marburg vom 05.07.2024



ipb

**1** **2025**  
ipb working paper  
ISSN2747-5700

## Autor\*innen

ipb working papers | Berlin, Juli 2025

ISSN (Print) 2699-2019

ISSN (Online) 2747-5700

Die ipb working papers werden vom Verein für Protest- und Bewegungsforschung e.V. herausgegeben. Sie erscheinen in loser Folge. Der Verein ist Träger des gleichnamigen Instituts. Dessen Aktivitäten sind unter <http://protestinstitut.eu> dokumentiert. Für die Redaktion der ipb-working papers sind Henry Rammelt, Dieter Rucht und Svenja Spyra verantwortlich.

Alle bisher erschienenen Texte aus der Reihe sind online abrufbar unter:

<https://protestinstitut.eu/publikationen/>



Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt von Dieter Rucht ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung International Lizenz (CC-BY 4.0).

Die Titelseite wurde unter Verwendung eines Fotos von Aaron Jorbin erstellt. Das Foto zeigt eine Regenbogenflagge und wurde am 02.Juni 2025 veröffentlicht. Es ist lizenziert als CC0 und wurde bereitgestellt von <https://wordpress.org/photos/photo/813683a958/>

Felix Anderl

*Zentrum für Konfliktforschung, Philipps-Universität Marburg*

[felix.anderl@uni-marburg.de](mailto:felix.anderl@uni-marburg.de)

Zaha Al Ghusain

Carolin Büchter

Luisa Bühler

Judith Susanna Braun

Kely Johana Calle

Lara Diedrigkeit

Barbara Durrer

Sophia Isa

Jan Laukötter

Jonas Oeynhausen

Jonathan Pinell

Maresa Otten

Laura Reisser

*Studierende des Masters Friedens- und Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg*

Anderl, Felix/Al Ghusain, Zaha/Büchter, Carolin/Bühler, Luisa/Braun, Judith Susanna/Calle, Kely Johana/Diedrigkeit, Lara/Durrer, Barbara/Isa, Sophia/Laukötter, Jan/Oeynhausen, Jonas/Pinell, Jonathan/Otten, Maresa/Reisser, Laura. 2025. Kleine Stadt, großer Christopher Street Day: Sichtbar politisiert, polizeikritisch und trans\*formativ – Demonstrationsbeobachtung des CSD Marburg vom 05.07.2024 *ipb working paper series*, 1/2025. Berlin: ipb.

## Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Einleitung</b>                             | <b>1</b>  |
| <b>Kontextanalyse</b>                         | <b>2</b>  |
| <b>Methode</b>                                | <b>5</b>  |
| <b>Forschungsethik</b>                        | <b>8</b>  |
| <b>Ergebnisse</b>                             | <b>9</b>  |
| Motivation und (Vor-)Erfahrungen bei CSDs     | 9         |
| Politische Einstellung & Aktivismus           | 9         |
| Politische Ausrichtung des CSD                | 12        |
| Identität                                     | 16        |
| Sicherheit auf Pride Parades                  | 18        |
| Demografische Daten                           | 20        |
| Korrelationen                                 | 21        |
| Gefühlte Unsicherheit: „Queerness“ als Faktor | 23        |
| <b>Fazit und Ausblick</b>                     | <b>24</b> |
| <b>Bibliographie</b>                          | <b>26</b> |

## Einleitung

Christopher Street Day, CSD, Pride Parade, Gay oder Queer Pride – Für die vielfältigen queeren Demonstrationen und Paraden gibt es mittlerweile verschiedene Namen. In über 150 Städten finden während der Sommermonate deutschlandweit Pride-Veranstaltungen statt und ziehen zehntausende Menschen auf die Straßen. Sie sollen u.a. Sichtbarkeit für queere Communities schaffen und queeres Leben zelebrieren. In den letzten Jahren hat sich die Sicherheitslage für queere Menschen jedoch zunehmend verschärft. Weltweit werden hart erkämpfte LGBTQIA+-Rechte vermehrt in Frage gestellt, und auch in Deutschland häuften sich Angriffe auf queere Personen und Veranstaltungen.<sup>1</sup> Im Sommer 2024 kam es zu organisierten und offenen Angriffen rechtsextremer Gruppen auf Pride-Demonstrationen. Das Bundeskriminalamt erfasste im Jahr 2023 1.499 Straftaten im Bereich “Sexuelle Orientierung” – ein Anstieg um 49% im Vergleich zum Vorjahr. Delikte gegen trans\*, nicht-binäre und/oder inter-Personen werden erst seit 2020 unter der Kategorie “geschlechtsbezogene Diversität” gesondert erfasst. Jedoch zeigt sich auch hier ein drastischer Anstieg der Fälle von Hasskriminalität. 2022 wurden noch 417 Straftaten gegen trans\*, inter- und nicht-binäre Personen erfasst, 2023 waren es mit 854 Delikten schon mehr als doppelt so viele (BKA: 2024). Der *Lesben- und Schwulenverband+ in Deutschland - Queere Vielfalt (LSVD+)* geht außerdem von einer erheblichen Dunkelziffer queerfeindlicher Straftaten aus. 80 bis 90% der Fälle werden entweder nicht angezeigt oder fälschlich eingeordnet und fielen daher nicht unter “Hasskriminalität”, sondern nur unter “Allgemeinkriminalität”. Dass nur ein Bruchteil queerfeindlicher Delikte angezeigt werde, resultiere laut LSVD+ nicht zuletzt daraus, dass Betroffene sich vor queer- und trans\*-

feindlichen Übergriffen durch die Polizei fürchten (LSVD+, 2024). All diese Entwicklungen werfen die Frage nach der Sichtbarkeit und Sicherheit queerer Communities in Deutschland auf.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit CSDs hat bisher vor allem große, internationale Veranstaltungen in den Blick genommen. Insbesondere die Arbeiten von Peterson, Wahlström und Wennerhag (2018) bieten umfassende Analysen der politischen und gesellschaftlichen Bedeutung von Pride-Demonstrationen, vor allem in europäischen Metropolen sowie in Mexiko. Die CSD-Landschaft in Deutschland, vor allem in Städten mit vergleichsweise geringer Einwohner\*innenzahl, ist bislang wenig erforscht. Diese Studie beruht auf der ersten systematischen Demonstrationsbeobachtung eines CSDs in Deutschland und der ersten wissenschaftlichen Befragung von queeren Demonstrierenden in einer Stadt mittlerer Größe.

Der CSD Marburg stellt in diesem Kontext einen besonderen Untersuchungsgegenstand dar. Denn obwohl Marburg mit ca. 78.000 Einwohner\*innen eine Mittel- und keine Großstadt ist, nahmen, je nach Quelle, zwischen 3.000 und 4.500 Personen an der Demonstration am 5. Juli 2024 teil, womit sie als verhältnismäßig groß einzuordnen ist. Außerdem gilt der CSD Marburg als eine der stärker politisierten Veranstaltungen dieser Art. In großen Städten wurden jüngst vermehrt politisierte, queere Parallelveranstaltungen zum klassischen CSD organisiert, um eine Alternative zu den kommerziell gesponserten und oft als weiß-schwul-männlich dominiert wahrgenommenen Party-Veranstaltungen zu schaffen. Als firmenunabhängige, queer\*-feministische, explizit trans\*inklusive Veranstaltung, auf der weder polizeiliche noch parteiliche Beteiligung erwünscht ist, liegt also in Marburg ein CSD vor, der in anderen Städten wohl eher eine Alternative zum „großen“ CSD darstellen würde. Hier jedoch ist er die Hauptveranstaltung.

---

<sup>1</sup> Wir verwenden das Kürzel LGBTQIA+ (“Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Queer oder Questioning, Inter, Asexuell oder Agender, Plus”). Es wurde auch in der Befragung in dieser Form verwendet. Die englische

Abkürzung ist eine der international bekanntesten und meistgenutzten Bezeichnungen. In indirekten und direkten Zitaten kommen zusätzlich auch alternative Schreibweisen.

Die vorliegende Forschungsarbeit basiert auf der Befragung der Teilnehmenden des Marburger CSD 2024 durch eine Forschungsgruppe des Masterstudiengangs „Friedens- und Konfliktforschung“ an der Philipps-Universität Marburg.<sup>2</sup>

Die zentralen Erkenntnisse sind, dass die Demonstration eine ausgeprägte politische Ausrichtung hatte. Demonstrierende gaben als Motiv für die Teilnahme am CSD Marburg vor allem politische Gründe an und es zeigte sich eine stark politisierte Grundhaltung der Teilnehmenden. Eine große Mehrheit der Befragten verortete sich im politischen Spektrum links. Die Teilnehmenden der Veranstaltung war zum großen Teil studentisch oder/und in einem Beschäftigtenverhältnis angestellt, mit hohem Bildungsabschluss ohne direkte Einwanderungshistorie. Überdies zeichnete sich die Demonstration durch eine Pluralität queerer Identitäten aus: Beinahe ein Drittel der Befragten gab an, nicht cis-geschlechtlich zu sein, und über 70% zählten sich zur queeren Community, was erheblich über dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegt und auch für CSDs auffallend hohe Werte sind. Auffällig war zudem – und vermutlich deshalb – das Spannungsverhältnis zwischen Polizeipräsenz und Sicherheitsgefühl: Während die Polizei lediglich zur Absicherung der Demonstration anwesend und nicht aktiv im Demonstrationzug vertreten war, wurde ihre Präsenz von vielen Teilnehmenden als bedrohlich wahrgenommen. Zwar wurde der Marburger CSD insgesamt als sicherer Raum für die queere Community beschrieben. Jedoch zeigte sich, dass Polizeipräsenz nicht zwangsläufig mit einem höheren Sicherheitsgefühl einhergeht, insbesondere bei Personen, die sich als queer und/oder trans\* identifizieren.

Die Arbeit setzt sich zum Ziel, den CSD Marburg im Kontext der deutschen CSD-Landschaft zu verorten und die Besonderheiten dieses Standorts herauszuarbeiten. Hierfür nehmen wir zunächst eine Kontextanalyse vor. Diese zeigt, welche gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen (wie z.B. das Erstarken rechtsextremer

Parteien) in Deutschland jüngst Einfluss auf queeres Leben, CSDs und queeren Aktivismus genommen haben. Dafür wurden Berichte verschiedener Medien analysiert, um den CSD Marburg in diesen Zusammenhang einzuordnen. Das methodische Vorgehen für die Befragungen und die Datenauswertung wird im darauffolgenden Kapitel detailliert erläutert. Die Auswertung verlief nach einer systematischen, teambasierten und standardisierten Demonstrationsbefragung, die im Anschluss quantitativ ausgewertet wurde. Um das quantitative Datenmaterial zu ergänzen, wurden einige Organisator\*innen des Marburger CSD auch im Rahmen qualitativer Interviews tiefergehend befragt. Unseren Umgang mit forschungsethischen Fragen beschreiben wir in Kapitel 4, bevor im fünften Kapitel des Working Papers die Ergebnisse der Befragung des Marburger CSDs vorgestellt, analysiert und interpretiert werden.

## Kontextanalyse

Der Marburger CSD fand am Samstag, dem 6. Juli 2024 statt und fiel damit mitten in die Hochsaison der deutschen CSD-Veranstaltungen (CSD Deutschland e.V., 2024), in der Pride-Demonstrationen auch medial aufgenommen und diskutiert wurden. Der Kontext einer Demonstration könnte auf verschiedene Weisen erforscht werden. Wir haben uns für eine flankierende Medienanalyse entschieden. Diese geht zwar weniger in die Tiefe als andere Methoden, aber sie zeigt verlässlich auf, welche Themen im Zeitraum besonders öffentlichkeitswirksam diskutiert wurden und somit die Erfahrung und Rezeption des CSD mit beeinflussten. Basierend auf 62 Artikeln zu deutschen CSDs, die zwischen Mai und August 2024 in verschiedenen deutschen Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht wurden, wird der mediale Kontext im Folgenden zusammenfassend dargestellt. Der Schwerpunkt liegt auf den am häufigsten genannten Themen, namentlich der Berichterstattung zu Rechtsextremismus, Polizei

---

<sup>2</sup> Die Studierenden belegten das Forschungsseminar „Demonstrationsbeobachtung“ geleitet von Felix Anderl.

und Sicherheit, Nahost-Konflikt sowie der Grundgesetzänderung zum Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung.

Analysiert wurden *Die Welt* und die *BILD*, die als politisch rechts einzuordnen sind, sowie die konservative *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) und die *Oberhessische Presse*. Darüber hinaus wurden Artikel der liberalen *Süddeutschen Zeitung* (SZ), und der *Tageszeitung* (TAZ), der Berliner Wochenzeitung *Jungle World* und dem feministischen *Missymagazin* einbezogen, die dem politisch linken Spektrum zugeordnet werden. Artikel aus dem rechtsextremen *Compact Magazin* werden ebenfalls aufgegriffen.

„[D]as Erstarken rechtsextremer Parteien“ ist ein Thema, das „der queeren Community gerade besonders unter den Nägeln brenn[t]“ (Schröder, 2024). Rechtsextremismus, rechte Mobilisierung und ihre Konsequenzen für queere Menschen, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes wurden medial besonders häufig thematisiert.

Die Sorge vor weiteren Wahlerfolgen rechtskonservativer Parteien der im gleichen Jahr stattfindenden Kommunal- und Landtagswahlen und in der Konsequenz der Abbau queerer Rechte wurden zentral in der Berichterstattung der CSDs thematisiert (Nölken, 2024; RND, 2024). Die AfD und andere rechte Parteien hatten bereits 2023 in den Kommunalwahlen (z.B. Landratswahl/Kreiswahl in Sachsen) Wahlerfolge verbucht (Wasenmüller, 2024). Es zeigt sich quer durch die Berichterstattung ein klares Bild, dass gestärkte Rechtsextreme «immer offener und aggressiver gegen LSBTIQ\* vorgehen» (Scheiwe, 2024). Verschiedentlich wird berichtet, dass Gewalt, Übergriffe, Sachbeschädigungen, Hetze und weitere Formen der Hasskriminalität gegen queere Menschen in den letzten Jahren stark zugenommen haben (Schröder, 2024; Conrad, 2024; RND, 2024; Scheiwe, 2024). Rechtsextreme Parteien wie «die Heimat» (ehemals NDP), ihre Jugendorganisation «Junge Nationalisten» und die Gruppierung «Elblandrevolte» entfalten mit anti-queerer Hetze ein hohes Mobilisierungspotential (Wasenmüller, 2024). Dennoch und deswegen sind in den letzten drei Jahren in Ostdeutschland viele CSDs in ländlichen Regionen entstanden (Conrad, 2024; Ohlendorf, 2024). Bundesweit haben 2023 so viele CSDs wie nie zuvor stattgefunden (über 140), «darunter auch in zahlreichen kleineren Städten»

(Scheiwe, 2024).

Viele CSDs standen dementsprechend 2024 nicht nur im Zeichen der Manifestierung queerer Identitäten und damit verknüpfter Forderungen nach mehr politischen Rechten, sondern setzen die zunehmende Gefahr von Rechts sowie für „die Demokratie als Ganzes“ (Beug, 2024) in den Fokus. Die Mottos der CSDs zeugen von der Ausweitung des Themenumfangs, der auch medial aufgegriffen wurde: „Nur gemeinsam stark – Für Demokratie und Vielfalt“ rahmte etwa den CSD Berlin 2024 (Schröder, 2024), «Die Menschenwürde ist unantastbar, auch in Bautzen» denjenigen einer sächsischen Kleinstadt, «Vereint in Vielfalt – Gemeinsam gegen Rechts“ den Münchner CSD (RND, 2024a) oder «Für Menschenrechte. Viele. Gemeinsam. Stark“ den CSD in Köln (RND, 2024b). Damit knüpften die CSDs an die Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus Anfang des Jahres an (Wasenmüller, 2024).

Besondere mediale Aufmerksamkeit erhielt der CSD im sächsischen Pirna, da der neue, parteilose und AfD-nahe Oberbürgermeister die Tradition beendet hatte, zum internationalen Tag gegen Homophobie die Regenbogenfahne vor dem Rathaus zu hissen. Daraufhin brachte die evangelische Kirche die Regenbogenfahne an der Stadtkirche gegenüber dem Rathaus an. Der Oberbürgermeister verglich die Fahne mit der Hakenkreuzflagge, was «deutschlandweit Empörung» auslöste und queere Gruppen sowie deutsche Prominente dazu bewegte, landesweit für den CSD in Pirna zu mobilisieren (Rietzschel, 2024; Röhnsch, 2024).

Verschiedentlich berichten Zeitungen von einer Kampagne auf den sozialen Netzwerken, die unter dem Hashtag „Stolzmonat“ queerfeindliche Aussagen und Symbolik verbreitete (Röhricht, 2024; Daldrup, 2024). Angestoßen wurde diese vor wenigen Jahren von Bewegungen der Neuen Rechten und von neonazistischen Parteien. Der niedersächsische Verfassungsschutz ordnete «Stolzmonat» im Juli 2024 als «rechtsextremistischer Kampfbegriff» ein, qualifizierte die Kampagne als demokratiefeindlich und einen Verstoß gegen das deutsche Grundgesetz (Daldrup, 2024). Liberal-konservative sowie linke Zeitungen teilten diese Einschätzungen (Röhricht, 2024; Bernstein, 2024). Auf rechts-konservativer Seite wurde jedoch Bezug auf juristische Fachpersonen

genommen, die den „Stolzmonat“ durch den Schutz der Meinungsfreiheit gedeckt sehen und die Aufklärungsarbeit des niedersächsischen Verfassungsschutzes als Kompetenzüberschreitung werten (Daldrup, 2024).

Auch die Themen Sicherheit und Polizei tauchen in der Berichterstattung zu den CSDs 2024 häufig auf. Sie bezieht sich zumeist auf Maßnahmen zum Schutz der CSD-Teilnehmer:innen sowie auf die Rolle der Polizei als Sicherheitsinstanz und Gegenstand kritischer Diskussionen.

Die Polizei war an vielen CSDs anwesend, um bei aufkommenden Störungen vor Ort zu sein. Sie musste verschiedentlich deeskalierend eingreifen sowie rechte Gegendemonstrationen fernhalten, um Eskalationen zu vermeiden (Nölken, 2024; TAZ, 2024; Welt Online, 2024a; Welt Online, 2024b; Welt Online, 2024c; Wasenmüller, 2024). In Städten wie Köln und Berlin, wo die größten CSDs Deutschlands stattfanden, aber auch in Dresden wurden umfassende personelle, prozessuale und räumliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um queerfeindliche Angriffe zu verhindern (Oberhessische Presse, 2024c; Wasenmüller, 2024; Welt Online, 2024b). Berichte über zunehmende Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe bei CSDs warfen die Frage auf, ob die Veranstaltungen ausreichend geschützt und Einsatzkräfte angemessen geschult seien (Oberhessische Presse, 2024c). Kritik kam unter anderem aus Dresden, wo Organisationen wie Queer Pride und die Presseschutzorganisation die Anzahl der Einsatzkräfte als unzureichend bewerteten (Wasenmüller, 2024).

Die Polizei erhielt auch Lob für ihre Bemühungen. In Bautzen beschrieb Jonas Löschau, Stadtrat der Grünen, die Zusammenarbeit mit der Polizei insgesamt als positiv (Wasenmüller, 2024). In Hannover wurden Bundespolizist\*innen für ihre sensiblen Verhaltensregeln im Umgang mit CSD-Teilnehmer\*innen hervorgehoben, die unter anderem die Nutzung der gewählten Pronomen und Namen der Teilnehmenden umfassten (BILD Berlin, 2024a). Ebenso gab es positive Berichte über friedliche CSD-Demonstrationen ohne besondere Vorkommnisse (Mooser, 2024; Oberhessische Presse, 2024a).

Neben innenpolitischer und sicherheitsbezogenen Thematiken haben auch weltpolitische

Konflikte bei den diesjährigen CSDs in Deutschland eine Rolle gespielt. Der anhaltende Krieg in Gaza, ausgelöst durch die Eskalation nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 sowie die damit verbundenen, als potenziell genozidal eingestuften Kriegsverbrechen Israels, haben auch innerhalb der queeren Szene in Deutschland zu Reaktionen geführt, was in den Medien vielfach aufgegriffen wurde. Die linke Szene teilt sich in ihrer Haltung zu Israel und Palästina (Stieneker, 2024). Dies spiegelte sich auf den verschiedenen Pride Marches wider. Bei einer ‚Queers for Palestine‘-Demonstration in Berlin gingen laut Polizeiangaben 4700 Teilnehmende für den „antikolonialen, antirassistischen und antikapitalistischen Freiheitskampf“ auf die Straße (Oberhessische Presse, 2024f). Einige Medien, insbesondere aus dem rechten und sogenannten „antideutschen“ Spektrum bewerten dabei Äußerungen als Hetze gegen Israel (Stieneker, 2024). In Berlin seien etwa „Sprechchöre und antisemitische Parolen“ Teil des Dyke\* March gewesen (Welt Online, 2024d). Die aufgeheizte Atmosphäre spiegelt sich in den teilweise verunglimpfenden Labels der medialen Berichterstattung. Personen, die Solidarität mit Palästina zeigten, wurden beispielsweise als „Israel-Hasser“ bezeichnet (BILD Berlin, 2024b). Die Organisator\*innen des East Pride Berlin, welcher unter dem Motto ‚Homos sagen ja zu Israel‘ stattfand, sahen Israels Existenzrecht bedroht und bedauerten, dass einige queere Menschen in Deutschland von der Hamas als Befreiungsbewegung sprächen (Stöver, 2024).

Ein weiteres Schwerpunktthema, welches in der medialen Berichterstattung ausgemacht werden konnte, betrifft die Forderung nach einer Ergänzung des Artikel 3 des Grundgesetzes. „(D)ie Veranstalter des CSD appellieren an die Politik, den Schutz queerer Menschen ins Grundgesetz aufzunehmen“ (FAZ, 2024). Aktuell heißt es in Artikel 3 unter anderem, „niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ (Die Bundesregierung, o.D.). Hier sollte ergänzt werden, dass „außerdem niemand ‚wegen seiner sexuellen Identität‘ diskriminiert werden dürfe“ (FAZ, 2024). Auf

dem CSD in Berlin werden darüber hinaus Forderungen gestellt: *„Der CSD ist nicht nur eine laute und fröhliche Veranstaltung, sondern stellt auch politische Forderungen. Die Veranstalter\*innen des CSDs appellierten an die Politik, den Schutz queerer Menschen ins Grundgesetz aufzunehmen.“* (Oberhessische Presse, 2024g). Auch beim CSD in Köln spielte die Forderung nach einer Grundgesetzänderung eine Rolle, was medial aufgegriffen wurde. *„Mehrere Politikerinnen und Politiker und Prominente haben bei der CSD-Demonstration in Köln vor einem Abbau von Rechten queerer Menschen gewarnt“* (Oberhessische Presse, 2024d).

In Bezug auf Marburg berichtete die *OP* sowohl im Vorhinein als auch im Nachhinein ausführlich über den achten Marburger CSD, der am 06. Juli 2024 stattfand. So schrieb sie einige Tage vorher über den bevorstehenden CSD: *„Erneut gehen Menschen, die nicht ganz in das gängige heteronormative und binäre Weltbild passen, auf die Straße, um sich sichtbar zu machen, aber auch um auf Probleme aufmerksam zu machen, die die Community betreffen“* (Oberhessische Presse, 2024b). Im Nachgang des CSD schätzte die *OP* die Teilnehmendenzahl auf etwa 3000 (Oberhessische Presse, 2024b).

## Methoden

Ziel dieser Arbeit ist es herauszufinden, wer wie und warum am CSD teilnimmt und wodurch sich der Marburger CSD im speziellen auszeichnet. Dazu wurde zunächst eine quantitative Befragung auf dem CSD in Marburg durchgeführt. Durch spätere qualitative Interviews mit dem Veranstaltungsteam des CSDs sollten tiefere Einsichten in den Planungs- und Aushandlungsprozess gewonnen werden. Der Mehrwert dieser Methodentriangulation liegt insbesondere in dem erhöhten Erkenntnisgewinn sowie in der Vergleichbarkeit der quantitativen und qualitativen Ergebnisse (Wintzer 2016: 260).

Die zuvor identifizierte Forschungslücke bildete die Grundlage für die Zielsetzung, das Demonstrationsverhalten der Teilnehmer\*innen auf dem Marburger CSD zu erfassen. Es gilt anzumerken, dass die erhobenen Daten keinen Anspruch darauf erheben, das Demonstrationsverhalten

von Teilnehmer\*innen auf CSDs deutschlandweit abzubilden. Vielmehr sollen die durch Befragung generierten Daten eine Grundlage bieten, in Zukunft Vergleiche zu anderen CSDs in Deutschland ziehen zu können. Die Daten geben Einblick in Bedarfe, Meinungen und Gefühlslagen innerhalb LGBTQIA+-Community abseits der Metropolen, die bisher die CSD-Forschung dominierten.

Den Untersuchungsgegenstand der quantitativen Forschung bildeten Teilnehmer\*innen des Marburger CSDs, der am 6. Juli 2024 stattfand und an dem konservativ geschätzt 3.000 Personen teilnahmen (Schneider und Richter, 2024). Der Fokus wurde bei der Befragung auf die Motivation zur Teilhabe und eventuelle Vorerfahrung gelegt. Außerdem wurde durch die Befragung die politische Einstellung der Teilnehmer\*innen sowie etwaiges aktivistisches Verhalten untersucht. Zudem wurde die demografische Zusammensetzung des Marburger CSDs in Erfahrung gebracht, wobei Geschlecht, Herkunft, persönlicher Hintergrund, Bildungsabschluss etc. erfragt wurden. Des Weiteren wurde mit der Befragung angestrebt, die Einstellung der Teilnehmer\*innen gegenüber queer-spezifischen Themen wie die Sichtbarkeit der Interessen der LGBTQIA+-Community in Deutschland und der Charakteristik des CSDs zu ermitteln.

232 Teilnehmer\*innen wurden persönlich angesprochen, um in Form eines Kurzinterviews oder über einen individualisierten QR-Code an der Befragung teilzunehmen. 115 Personen nahmen daran teil, davon 50 Personen in den Kurzinterviews vor Ort. Dies entspricht einer Gesamtrücklaufquote von 49,6 Prozent. Die Rücklaufquoten für die direkte Befragungen sowie die QR-Codes betragen 61,7 beziehungsweise 43,0 Prozent. Teilnehmende mussten als CSD-Partizipierende erkennbar sein sowie Deutsch verstehen und sprechen können, was für 9 Personen ein Grund zur Nichtteilnahme war.

Die Befragung wurde von zwei Gruppen mit jeweils sechs Personen durchgeführt. Die Interviewer\*innen setzten sich aus einer Gruppe von Studierenden der Friedens- und Konfliktforschung zusammen, die ein Forschungsseminar zur Demonstrationsbeobachtung belegten. In diesem Rahmen wurde im Vorhinein diskutiert, wie die CSD-Teilnehmenden angemessen angesprochen und befragt werden können. Darüber hinaus

wurde der Ablauf der Befragung sowie der finale Fragebogen gemeinsam besprochen, um unter anderem die Dauer der Befragung einzuschätzen. Die Auswahl der Teilnehmenden der Befragung orientierte sich an dem Vorgehen von della Porta et al. (2014, S. 319f.), welches wiederum auf der Methode "Caught in the act of Protest" basiert (Klandermans et al, 2011, S. 257 f.). Beiden Gruppen von Interviewer\*innen wurde zusätzlich ein sogenannter *Pointer*, das heißt, eine Person, die die zu befragenden Personen nach einem Zufallsprinzip auswählt, zugeteilt (vgl. della Porta et al., 2014, S. 320). Typischerweise entstehen bei Demonstrationen Reihen, in denen sich die Menschen fortbewegen. Diese informelle Struktur bietet die Möglichkeit, durch die Reihen hinweg jeweils Personen abzuzählen (vgl. della Porta et al., 2014, S. 319 f.). Nach diesem Prinzip wurde jede vierte Person für die Befragung ausgewählt und die Interviewer\*innen den zu Befragenden zugewiesen. Da Pointer die Befragten nicht selbst ansprechen mussten, sind sie in Bezug auf die Auswahl der Interviewpartner\*innen weniger voreingenommen als die Interviewer\*innen selbst (vgl. Peterson et al., 2018, S. 233).

Eine Interviewer\*innengruppe startete am Anfang und eine am Ende des Demonstrationzuges, sodass sie aufeinander zuliefen (vgl. della Porta et al., 2014, S. 321). Den Demonstrationsteilnehmer\*innen wurde im Wechsel entweder ein Interview oder ein Flyer mit einem QR-Code für eine Onlinebefragung angeboten. Die Kombination aus verschiedenen Befragungsmethoden, Face-to-face-Interviews und Onlinebefragung mit Zugang per QR-Code stellt ein erprobtes Verfahren dar, welches andere Forschungsgruppen bereits in ähnlicher Form angewandt haben (vgl. della Porta et al., 2014; Peterson et al., 2018; 2018a; Daphi et al., 2021). Außerdem dient sie dem Ziel der breiteren Abdeckung, sodass umfassendere Daten gesammelt werden können. Wenn ein direktes Interview abgelehnt wurde, erhielten die Personen einen Flyer mit einem einmalig verwendbaren QR-Code. Es wurde jeweils darum gebeten, die QR-Codes nicht weiterzugeben, um die Zufälligkeitsmethode der Erhebung nicht zu verfälschen. Teilnehmende, die von sich aus erbat, ein Interview zu geben, mussten aus demselben Grund abgelehnt werden. Während der Redebeiträge, die sowohl vor als auch an mehreren

Stationen während des CSDs gehalten wurden, führten die Befragenden keine Interviews durch. Während der Schlusskundgebung wurden nur QR-Codes verteilt und keine Interviews durchgeführt.

Der teilstandardisierte Fragebogen war in fünf inhaltliche Blöcke, einen Block zur Abfrage von soziodemographischen Daten sowie der abschließenden Möglichkeit für Feedback aufgeteilt. Dabei wurde mit geschlossenen Fragen, Item-Abfragen, Skalen sowie offenen Fragen gearbeitet, die aus der letzten Allbus Umfrage (GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2023) übernommen und durch relevante queer- und CSD-spezifische Fragen ergänzt wurden. Auch wurden Kontrollfragen eingefügt, um Antworttendenzen oder Effekte sozialer Erwünschtheit zu vermeiden.

Der erste Block der Befragung (Block A) diente dazu, die Motivation der Befragten für ihre Teilnahme am CSD sowie mögliche vorherige Erfahrungen auf CSD- und anderen Demonstrationsveranstaltungen zu erfassen. Durch die neutralen und größtenteils offen gestellten Fragen zu Beginn sollte ein leichter Einstieg geschaffen sowie dazu beigetragen werden, dass sich die Teilnehmenden schnell an die Befragungssituation gewöhnen.

Darauf folgte im zweiten Abschnitt (Block B) die Abfrage politischer Einstellungen und des eigenen (gesellschaftlichen) Engagements. Im Kontext der politischen Ausrichtung des CSD (Block C) wurde dies ergänzt durch die Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Repräsentation von LGBTQIA+ Themen und Interessen.

Da der folgende Frageblock sensible Fragen zur Identität der Teilnehmenden enthielt, wurde diesem eine *Consent-Abfrage* durch die interviewende Person vorangestellt. Wenn die Teilnehmenden trotzdem mit diesem Abschnitt fortfahren wollten, sollten sie zunächst in zwei geschlossenen Fragen angeben, inwiefern sie sich als Teil der queeren Community sehen und inwiefern sie sich (a) mit anderen Personen auf der Demonstration und (b) mit einer der organisierenden Gruppen oder Organisationen identifizieren. Daran schlossen zwei offene Fragen an, in denen die Befragten gebeten wurden (a) ihre sexuelle Orientierung und (b) ihre Geschlechtsidentität zu

beschreiben. Die sexuelle Orientierung wurde dabei wie folgt definiert: „Ihre sexuelle Orientierung beschreibt, zu Personen welchen Geschlechts Sie sich romantisch oder sexuell hingezogen fühlen. Beispiele für sexuelle Orientierungen können u.a. homo-, bi-, hetero-, oder asexuell sein.“ Geschlechtsidentität beschreibt „[...] ,welchem Geschlecht [man] sich unabhängig von körperlichen Merkmalen oder gesellschaftlichen Zuschreibungen zuordne[t]. Beispiele für verschiedene Geschlechtsidentitäten sind u.a. cis-, trans\*-, ageschlechtlich oder nicht binär.“ Die offene Fragestellung wurde dabei bewusst gewählt, um den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ihre sexuelle und geschlechtliche Identität frei zu beschreiben und zu vermeiden, die Antwortmöglichkeiten durch Vorgaben zu stark „vorzudefinieren“. Zuletzt wurden die Befragten in diesem Abschnitt gebeten auf einer Likert-Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 5 (sehr) anzugeben, wie wohl sie sich fühlen, über (a) ihre sexuelle Identität und (b) ihre geschlechtliche Identität mit jeweils (1) dem familiären Umfeld, (2) dem freundschaftlichen Umfeld und (3) im beruflichen Umfeld zu sprechen.

Im Teil E wurden die Teilnehmenden unter anderem gefragt, wie sicher sie sich auf der Veranstaltung oder auf dem Weg zum CSD gefühlt haben. Hinzu kam die Frage danach, wie die Anwesenheit von Personen auf dem CSD, die nicht Teil der LGBTQIA+ Community sind, empfunden wurde. Zuletzt wurden die Befragten gebeten, ihre Zustimmung zu einer Reihe von Aussagen wie „Ich fühle mich auf dem CSD komplett sicher“ oder „Polizeiliche Präsenz auf dem CSD gibt mir ein Gefühl von Sicherheit.“ anzugeben.

Block F der Erhebung beinhaltete die Abfrage diverser demografischer Daten. Er enthielt neben Fragen zum Alter, Einkommen und Wohnort sowie dessen Größe in Einwohnerzahlen auch Fragen zum Geburtsort, dem Geburtsort der Eltern, dem Ort an dem Kindheit und Jugend verbracht wurden sowie Fragen zur aktuellen beruflichen Tätigkeit und dem Bildungsgrad der

Teilnehmenden.

Das Forschungsinteresse und der Fragebogen wurden über einen Kontakt des Forschungsteams im Plenum des Marburger t\*i\*nqa -Treff<sup>3</sup> vorgestellt. Nach anfänglicher Zurückhaltung und Skepsis machten einige Teilnehmende nach Ende des offiziellen Plenums Verbesserungsvorschläge und auch kritische Anmerkungen gegenüber Formulierung und Wortlaut mancher Fragen, welche in die Überarbeitung des Fragebogens eingeflossen sind. Zuletzt wurde Kontakt zum Organisationsteam des Marburger CSD24 geknüpft und die Forschungs idee sowie der vorläufige Fragebogen vorgestellt. Dieses Vorgehen wurde positiv aufgenommen. Es folgte ein Treffen zwischen Mitgliedern des Organisationsteams des Marburger CSD24 und Forschungsteam, bei dem Formulierungen des Fragebogens erörtert wurden. Änderungsvorschläge fanden Eingang in die abschließende Version des Fragebogens.

Zur Auswertung der mittels der Software *Li-meSurvey* generierten Daten wurde das Statistikprogramm Jamovi genutzt. Nicht vollständig ausgefüllte Fragebögen wurden entfernt, wodurch sich die Anzahl von 115 verwertbaren Antwortbögen ergab. Im Zuge der Analyse wurden einige textbasierte Antworten in Zahlen übersetzt, um diese quantitativ nutzbar zu machen. Somit konnten die Daten anschließend beschrieben und weitergehend analysiert werden. Zusammenhänge wurden durch die Berechnung linearer Regressionen ermittelt. Um Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen statistisch zu untersuchen, konnten keine t-Tests verwendet werden, da die Varianzhomogenität und Normalverteilung der Daten nicht konstant gegeben waren. Stattdessen wurde hierzu der Yuen-Welch-Test angewandt, welcher Extremwerte der Verteilungen trimmt und somit für annähernde Normalverteilungen sorgt.

Wie eingangs erwähnt, wurden nach Abschluss der quantitativen Datenerhebung qualitative Interviews mit drei Personen des

---

<sup>3</sup> Dieser Treff richtet sich an alle trans\*, inter\*, nicht-binären, agender Personen und alle questioning Personen im Queeren Zentrum Marburg. Questioning

(also fragend) sind alle Menschen, die die eigene Geschlechtsidentität befragen.

Organisationsteams des Marburger CSD durchgeführt. Der dafür konzipierte Leitfragebogen fokussierte sich auf allgemeine Aspekte der Organisation, des Politikverständnisses sowie der Sicherheit und Polizeipräsenz auf dem Marburger CSD. Die Interviews ergänzten die quantitativen Befragungsdaten. Zudem wurden die Daten dem CSD-Organisationsteam präsentiert und Feedback eingeholt, das Eingang in die finale Auswertung fand.

## Forschungsethik

Im Rahmen der Vorbereitung auf die bevorstehende Demonstrationsbeobachtung verschob sich unser Fokus mehrmals aus forschungsethischen Abwägungen, was im Folgenden transparent gemacht wird. Zunächst richtete sich das Forschungsinteresse auf CSDs im ländlichen Raum. Dort, so die Vorannahme, wären Demonstrationen übersichtlicher und daher in einer kleinen Forschungsgruppe besser zu untersuchen. Außerdem interessierte die Gruppe, wie sich kleine CSDs von den großen (und besser erforschten) Paraden unterscheiden würden. In Anbetracht der Tatsache, dass CSDs auch das interne Community-building unterstützen sollen, mussten wir unsere Forschungsabsichten und Vorgehensweisen allerdings mit den Interessen und Bedürfnissen der „Beforschten“ abgleichen, um dem Prinzip „Do no harm“ zu entsprechen. Denn Demonstrationen sind nicht nur ein Auftritt einer Gruppe nach außen, sondern dienen auch der Stärkung einer Gemeinschaft nach innen, etwa in der Entwicklung einer kollektiven Identität (della Porta & Diani, 2006). Dies gilt für CSDs ebenso wie für andere Demonstrationen. Im ländlichen Raum, wo queer-freundliche Strukturen möglicherweise weniger stark ausgebaut und queere Personen daher (z.B. durch mangelnden Schutz bei höherer Sichtbarkeit) heftigeren Konsequenzen durch Diskriminierung ausgesetzt sein könnten als in großen Städten, ist dieses gemeinschaftsbildende Moment von besonderer Bedeutung. So liegt die Vermutung nahe, dass solche queere Veranstaltungen dort intimer, aber auch vulnerabler sein könnten. Und obwohl sich die Teilnehmer\*innen einer Demonstration bewusst sein müssen, dass sie von Außenstehenden gesehen und ggf. erkannt werden, bestanden berechtigte Bedenken

darüber, ob die Präsenz einer Forschungsgruppe das Sicherheitsgefühl der Demonstrierenden negativ beeinflussen könnte - insbesondere dort, wo bislang noch keine oder nur sehr wenige und kleine CSDs stattgefunden haben. So kamen wir zum Schluss, es bestehe die Gefahr, dass sich Teilnehmende der Demonstrationen angesichts der Beobachtung unwohl und wie reine Forschungsobjekte fühlen könnten. Auch nach langen Diskussionen ließen sich diese Befürchtungen nicht in Gänze ausräumen. In der Konsequenz fiel die Entscheidung der Gruppe aus forschungsethischen Gründen gegen die Beobachtung kleiner CSDs im ländlichen Raum – und für den Marburger CSD. Dieser konnte sich bereits über mehrere Jahre etablieren und gehört zu den übersichtlichen, wenngleich nicht kleinen Pride-Events.

Um etwaige Vulnerabilitäten und spezifische Bedarfe bzw. „No-Gos“ zu erfahren und mit unserer Forschung keine unintendierten Konsequenzen zu erzeugen, klärten wir das Vorhaben mit den Organisator\*innen der Demonstration detailliert ab. Auch der Fragebogen wurde frühzeitig an die Organisator\*innen weitergegeben, um Fragestellungen auf problematische Formulierungen oder Begriffe zu prüfen. Wir haben dahingehend detailliertes Feedback zu erhalten, was nicht nur eine ethische Komponente hatte, sondern auch dazu führte, dass mehr Teilnehmende sich adressiert fühlen konnten, was die Validität der Ergebnisse erhöht. Zum Beispiel waren differenzierte Bezeichnungen für verschiedene Gender und sexuelle Identitäten wichtig, um allen Teilnehmer\*innen die Chance zu geben, sich wiederzufinden und nicht nur unter „sonstige“ klassifiziert zu werden, was sowohl die Aussagekräftigkeit der Daten als auch das Wohlbefinden der Teilnehmenden geschmälert hätte. Hier gehen Forschungsethik und Datenpräzision also Hand in Hand. Neben den demografischen Fragen umfasste der Fragebogen auch persönliche Items bezüglich der (queeren) Identitäten und Positionierungen der Befragten, die ausdrücklich übersprungen werden konnten. Zu Beginn des CSD wurde unsere Umfrage von den Organisator\*innen vom Lautsprecherwagen aus bekanntgemacht. Unser Team war mit Namensschildern klar erkenntlich. Während der Reden und anderen Beiträge führten wir keine Live-Interviews, um den Ablauf nicht zu stören.

Die im Anschluss durchgeführten qualitativen Interviews mit den Organisator\*innen des CSD dienten in ähnlicher Weise sowohl dazu, die quantitativen Daten zu ergänzen und tiefergehende Hintergründe, Motivationen und Herausforderungen der queeren Szene in Marburg näher beleuchten und eventuell sicherheitsrelevante Befunde zu identifizieren. Die Zusammenarbeit mit dem Organisationsteam des CSD über die gesamte Dauer des Forschungsprojektes hinweg erwies sich als überaus hilfreich. Die Rücksprache mit den Organisator\*innen sensibilisierte die Forschungsgruppe und schaffte eine Vertrauensbasis, welche sich auch für die Tiefgründigkeit der qualitativen Interviews als enorm wichtig erwies. Damit nicht nur die Forschungsgruppe von den Erkenntnissen der Umfrage profitierte, wurden die Ergebnisse der quantitativen Datenauswertung an das CSD-Team in einer extra anberaumten Präsentation weitergegeben.

## Ergebnisse

Im folgenden Kapitel werden die Ergebnisse der Befragung präsentiert. Diese werden durch das Heranziehen der Ergebnisse der qualitativen Interviews ergänzt.

### Motivation und (Vor-)Erfahrungen bei CSDs

Zunächst wurde untersucht, wie oft die Befragten in der Vergangenheit an CSDs, sowie an Demonstrationen im Allgemeinen teilgenommen haben. 77 % der Befragten gaben an, bereits zuvor an einem CSD teilgenommen zu haben. Außerdem war die Mehrheit der Befragten in der Vergangenheit oft auf weiteren Demonstrationen. 31% gaben an, in ihrem Leben vorher 1–5-mal auf einer Demonstration gewesen zu sein und weitere 64% waren bereits sechs oder bis zu mehr als 20-mal auf einer Demonstration. 70% der Teilnehmer\*innen waren außerdem in den letzten 12 Monaten bei 1–5 Demonstrationen. Es handelt sich bei den Befragten also mehrheitlich um eine mit dem Demonstrieren vertraute Gruppe.

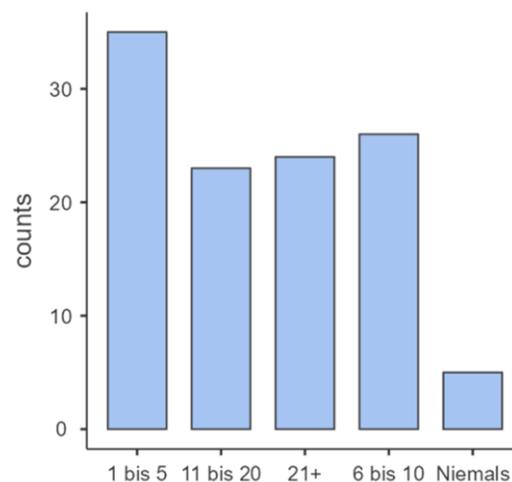


Abb. 1: Antworten auf die Frage "wie oft haben Sie in der Vergangenheit an einer Demonstration teilgenommen?"

Anschließend wurden die Teilnehmer\*innen gefragt, mit wem sie den CSD besuchen. Fast alle Befragten nahmen in Begleitung am CSD teil: 80% gaben an, mit Freund\*innen, 27% mit ihren Partner\*innen, 20% mit Kolleg\*innen und 5% alleine gekommen zu sein.

### Politische Einstellung & Aktivismus

Hinsichtlich gesellschaftspolitischer Einstellungen ergibt sich ein klares Bild: Eine Mehrheit von 40% der Befragten gab an, *Die Linke* wählen zu wollen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen gewesen wären. Dem folgen mit 26% *Bündnis 90/Die Grünen*. 19% haben bei der Frage ‚Sonstiges‘ angekreuzt. 5% würden die *SPD* wählen, 2% die *CDU* und jeweils 1% die *FDP* und die *AFD*. Die Menschen, die ‚Sonstiges‘ stimmten, hatten die Möglichkeit, eine offene Antwort zu geben. Hier wurden unterschiedliche Kleinparteien wie *Die Partei*, *Letzte Generation*, *Volt*, *Mera25*, *Tierschutzpartei* und weitere angegeben.

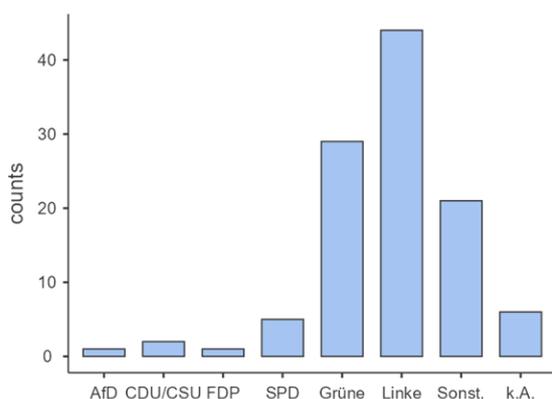


Abb. 2: Antworten auf die Frage "Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen?"

Nun wurden die Teilnehmer\*innen gefragt, wie oft sie sich auf einer Skala von 1 (überhaupt nicht) bis 5 (sehr) mit ihren Freund\*innen, Verwandten und Kolleg\*innen über Politik unterhalten. Hierbei gaben 44% „ziemlich oft“ (4) an und 37% gaben „etwas“ (3) an. Damit unterhält sich der Durchschnitt etwas bis (ziemlich) oft in ihrem Umfeld über Politik (MW: 3,5; M:4). Generell zeigte unsere Befragung eine hohe Politisierung unter den Teilnehmenden. Dies zeigte sich in mehreren Fragen durch politische Awareness, aber auch ein relativ hohes Gefühl politischer Selbstwirksamkeit und Verantwortung. Viele Teilnehmer\*innen beteiligten sich in den letzten 12 Monaten an verschiedenen politischen Aktivitäten. 11% gaben an, eine\*n Politiker\*in oder eine\*n Vertreter\*in der Verwaltung kontaktiert zu haben, 48% haben eine Petition oder öffentlichen Brief unterzeichnet, 21% einer politischen Organisation oder Gruppierung Geld gespendet, 56% boykottierten bestimmte Produkte, 48% haben ein Abzeichen einer Kampagne oder Gruppierung getragen oder irgendwo angebracht, 44% machten in den Sozialen Medien auf ein politisches Anliegen aufmerksam, 24% nahmen an einem Streik teil und knapp 10% nahmen an einer direkten Aktion, wie z.B. Blockaden, Besetzungen oder zivilen Ungehorsam teil. Nur 12% gaben an, an keiner der Aktivitäten innerhalb der letzten 12 Monate beteiligt gewesen zu sein.

Ähnliches spiegelt sich auch bei der Frage nach der Wahlbeteiligung: 80,9% gaben an, bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben, wohingegen 19,1% dies verneinten. Ein Großteil der Befragten wählte nach eigenen Angaben *Bündnis*

*90/Die Grünen* bei der letzten Wahl (40 Teilnehmer\*innen, 46.51%). An zweiter Stelle trat *Die Linke*, für die 27 Teilnehmende (31.4%) stimmten. 7 Teilnehmende wählten die *SPD*, 4 wollten keine Angabe zu ihrer letzten Parteiwahl machen, und jeweils ein\*e Teilnehmende\*r (1.16%) wählte die *AfD* und *CDU/CSU*. Es zeigt sich eine linke Orientierung, wobei eine deutliche Bewegung von „grün“ zu „links“ zu verzeichnen ist. Auch der durchschnittliche Wert der politischen Selbsteinstellung auf einer Skala von 0, „ganz links“, bis 10, „ganz rechts“, der Protestteilnehmenden zeigt mit 2.57 eine eher linke Selbsteinstellung.

Die große Anzahl der Befragten stimmte mit 42.7% (47 Teilnehmer\*innen) der Aussage zu, dass die meisten Politiker\*innen viele Versprechungen machen würden, aber dann nichts tun würden, „ziemlich“ zu. Eine moderate Zustimmung („etwas“) äußerten 30 % der Befragten, während 17,3 % der Aussage „sehr“ zustimmten. Der Mittelwert der Zustimmungen liegt bei 3.67 und stützt, ebenso wie der Median und Modalwert, die überwiegend skeptische Haltung der Befragten gegenüber der Versprechungen von Politiker\*innen. Eine klare Mehrheit der Befragten stimmt der Aussage „Ich sehe keinen Sinn darin zu wählen, die Parteien tun ohnehin was sie wollen“ jedoch „überhaupt nicht“ zu (61.40%).

Der Aussage „Mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen“ stimmte der größte Teil der Befragten (39.13%) „etwas“ zu, für 31.30% der Befragten war eine „ziemliche“ Zustimmung zu verzeichnen. Knapp ein Fünftel war der Meinung, dass das eigene Engagement „sehr“ viel Einfluss auf die Politik Deutschlands hat, wohingegen ein kleinerer Teil von 10,4% (12 Befragte) vom Einfluss durch das eigene Handeln „eher nicht“ überzeugt war. Lediglich eine Person stimmte der Aussage „überhaupt nicht“ zu.

Diese Tendenz verstärkt sich noch in Anbetracht der Frage nach kollektivem politischem Engagement. Der Mittelwert von 4,05 deutet darauf hin, dass die durchschnittliche Demonstrierende „ziemlich“ davon überzeugt ist, dass Bürger\*innen, wenn sich diese zusammenschließen, viel Einfluss auf politische Entscheidungen in Deutschland nehmen können. Dementsprechend sind 46,1% „ziemlich“ überzeugt, während 31,30% der Aussage „sehr“ zustimmen. 19.1%

stimmen der Aussage „etwas“ zu. Lediglich 3,5% (4 Stimmen) stimmten „eher nicht“ und keiner der Befragten „überhaupt nicht“ zu.

Ein erheblicher Teil der Befragten unterstützte die Ansicht, „wenn sich Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf die internationale Politik nehmen“. 39,4 % stimmten der Aussage „ziemlich“ zu, während 28,07 % „voll und ganz“ zustimmten. Zudem zeigte ein weiterer Anteil von 23,68 % eine moderate Zustimmung. Nur 8,77 % der Befragten lehnten die Aussage ab, was auf eine geringe Skepsis gegenüber der Wirksamkeit der Beteiligung an internationalen politischen Prozessen hinweist.

Inhaltlich zeigen sich die Teilnehmenden in vielen Feldern progressiv, auch über typische Themen des CSD hinaus. Ein großer Anteil der Befragten lehnte etwa die Aussage ab, dass das Wirtschaftswachstum in der Zukunft gefördert werden sollte, selbst wenn dies die Umwelt belastete. 54,39% gaben an, „überhaupt nicht“ damit einverstanden zu sein, während 39,47% sich für die Kategorie „eher nicht“ entschieden.

Die Umfrageergebnisse zeigen eine nahezu vollständige Ablehnung der traditionellen Rollenverteilung, bei der der Mann arbeiten und die Frau sich um Haushalt und Kinder kümmern soll. Eine überwältigende Mehrheit von 97,35 % der Befragten lehnt diese Vorstellung mit der Auswahl-Option „überhaupt nicht“ entschieden ab. Lediglich 2,65% äußern eine eher ablehnende Haltung („eher nicht“). Keiner der Befragten sprach sich für „traditionelle“ Geschlechterrollen aus.

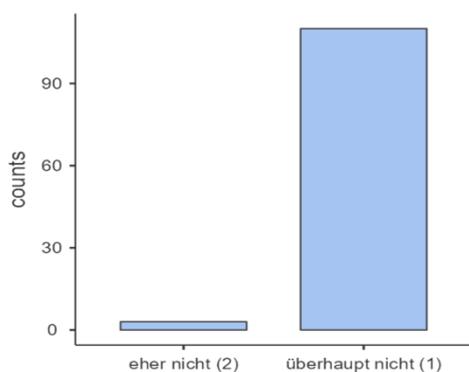


Abb. 3: Antworten auf die Aussage „Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben

steht und die Frau zu Hause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.“

Es lässt sich außerdem eine klare Unterstützung für die Aussage beobachten, dass die Regierung Maßnahmen ergreifen sollte, um die Einkommensungleichheit zu verringern. Eine überwältigende Mehrheit von 68,42 % der Befragten stimmt „sehr“ zu, während 26,32 % „ziemlich“ zustimmen. Nur 4,39 % zeigen eine moderate Zustimmung mit „etwas“, und lediglich 0,88 % lehnen die Aussage mit „eher nicht“ ab. Diese Ergebnisse verdeutlichen eine starke Präferenz für sozialpolitische Maßnahmen, die auf eine größere Einkommensgleichheit abzielen.

Die Mehrheit der Befragten lehnte die Aussage ab, dass Ausländer\*innen in Deutschland ihren Lebensstil stärker an den der Deutschen anpassen sollten. 36,61% stimmten „überhaupt nicht“ und 44,64% „eher nicht“ zu. Zustimmung zu dieser Aussage äußerten nur wenige, mit jeweils 1,79% in den Kategorien „ziemlich“ und „sehr“, während 15,18 % der Aussage „etwas“ zustimmten. Die Befragten zeigten zudem Unterstützung bzgl. der Frage, ob Menschen aus anderen Ländern nach Deutschland kommen und hier dauerhaft leben dürfen. Eine Mehrheit von 75,89 % stimmt der Aussage voll und ganz zu, was auf eine sehr offene Haltung gegenüber Migration hindeutet. Weitere 17,86% stimmen ebenfalls zu, allerdings in etwas abgeschwächter Form. Nur 5,36% stimmen der Aussage in geringem Maße zu, während lediglich eine Person (0,89 %) ablehnend reagierte.

Die Einschätzungen zum Vertrauen in die Bundesregierung (noch „Ampel-Koalition“) ergab eine insgesamt zurückhaltende Meinung. 44,04% geben an, ein mittleres Vertrauen zu haben, während 22,94% ein eher starkes Vertrauen äußern. Etwa ein Viertel der Befragten zeigt jedoch leichte Skepsis. Weniger als 5% der Teilnehmer\*innen bringen großes Vertrauen („sehr“) zum Ausdruck, und 3,67% geben an, überhaupt kein Vertrauen in die Bundesregierung zu haben.

Die Angaben zum Vertrauen in den Bundestag zeigen eine ebenfalls skeptische Haltung. 44,23 % der Befragten geben an, ein mittleres Vertrauen („etwas“) in den Bundestag zu haben, während 25,96 % der Institution „eher nicht“ vertrauen. Ein gewisses Vertrauen („ziemlich“) wird von

22,12 % der Befragten geäußert. Lediglich 3,85% bringen ein starkes Vertrauen zum Ausdruck, und ebenso viele Befragte geben an, überhaupt kein Vertrauen in den Bundestag zu haben.

Zurückhaltend oder neutrale zeigen sich auch die meisten gegenüber politischen Parteien. Fast die Hälfte (48,62%) bringt den Parteien ein moderates Vertrauen entgegen, während 25,69% angeben, ihnen „eher nicht“ zu vertrauen. Ein gewisses Maß an Vertrauen („ziemlich“) äußern 17,43%. Völliges Misstrauen wird von 6,42% geäußert, und nur eine kleine Minderheit von 1,83% hat großes Vertrauen in politische Parteien.

Die Befragten bewerten die Europäische Union insgesamt überwiegend positiv. 39,09% der Befragten geben an, ein moderates Vertrauen („etwas“) in die EU zu haben. Weitere 30,91% äußern ein relativ starkes Vertrauen („ziemlich“). Gleichzeitig stehen 20,00% der EU eher skeptisch gegenüber. Nur 7,27% der Befragten bringen ein starkes Vertrauen zum Ausdruck, während lediglich 2,73% völliges Misstrauen angeben.

Die Ergebnisse zum Vertrauen in die Vereinten Nationen zeigen ein überwiegend moderates Meinungsbild. Mit 41% äußert der größte Anteil der Befragten ein mittleres Vertrauen, während 30 % den UN „eher nicht“ vertrauen. Ein relativ großes Vertrauen äußern hingegen 22% der Befragten, während nur 3% ein ausgeprägtes Vertrauen haben. Völliges Misstrauen wird von 4% geäußert.

Das Vertrauen in die Polizei wurde von den Befragten unterschiedlich bewertet, wobei sich sowohl positive als auch kritische Einschätzungen zeigen. 27,93% äußern ein mittleres Vertrauen, während 24,32% der Polizei skeptisch gegenüberstehen. Ein überraschend hoher Anteil von 23,42% der Befragten gab an, überhaupt kein Vertrauen in die Polizei zu haben. Auf der anderen Seite zeigen 18,02 % ein deutliches Vertrauen, und 6,31 % äußern ein großes Vertrauen. Die Daten machen deutlich, dass sich die Meinungen über die Polizei auf verschiedene Positionen verteilen, wobei ein gewisser Grad an Skepsis und Misstrauen dominanter ist als Vertrauen. Dennoch gibt es eine nennenswerte Gruppe, die der Polizei positiv gegenübersteht.

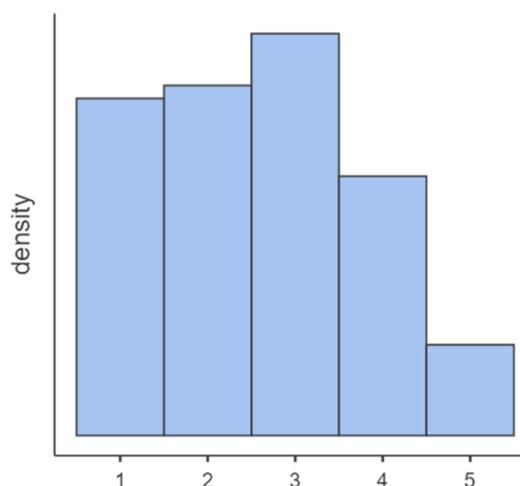


Abb. 4 : Antworten auf die Aufforderung „Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie der Einrichtung bzw. Institution vertrauen: Polizei“ (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

In Bezug auf das Vertrauen in die etablierten Massenmedien ergab sich keine klare Antworttendenz (der Durchschnitt lag mittig). Ein ähnliches Muster zeigt sich auch in der aktuellen Zufriedenheit mit der Demokratie. Die häufigste Antwort ist „ziemliche“ Zufriedenheit, ein durchschnittlicher Wert von 3,32 verdeutlicht jedoch die Gespaltenheit der Stichprobe in dieser Hinsicht.

Ein weiterer Teil der Untersuchung war die Frage nach ehrenamtlichen Tätigkeiten. 44% der Teilnehmenden gab an, in den letzten 12 Monaten keine ehrenamtliche Aktivität ausgeübt zu haben. Die häufigsten Antworten waren die Teilnahme in queeren Organisationen (14,8%), Jugendorganisationen (13%), Sport- oder kulturellen Organisationen (12,2%), Studierendenorganisationen (10,4%) und feministischen Organisationen (9,5%). Mehrfache und freie Antworten waren möglich, sodass die Befragten alle ihre ehrenamtlichen Organisationen angeben konnten.

## Politische Ausrichtung des CSD

Im folgenden Teil der Befragung geht es um die politische Ausrichtung des CSDs, sowie der Gegenüberstellung vom CSD als Party versus als politische Veranstaltung.

Eine Frage galt dem Zugang nach LGBTQIA+-Beratungsangeboten. Die Umfrage zeigt, dass ein

Großteil der Befragten Zugang zu LGBTQIA+-Beratungsangeboten hat: 71,8% der Befragten gaben an, dass an ihrem Wohnort Programme oder Institutionen existieren, die Beratung zu LGBTQIA+-Themen anbieten. 18,2% gaben an, dass solche Angebote nicht vorhanden sind, während 10,0% unsicher waren.

In Bezug auf die Frage, ob Politiker\*innen die Interessen der LGBTQIA+ Community angemessen vertreten, zeigten die Ergebnisse ein skeptisches Bild: 41,4 % stimmten der Aussage „eher nicht“ zu, während 34,6 % die Interessenvertretung mittig bewerteten. Nur 6,7% bzw. 0,96% sahen die Interessen als „ziemlich“ oder „sehr“ vertreten an.

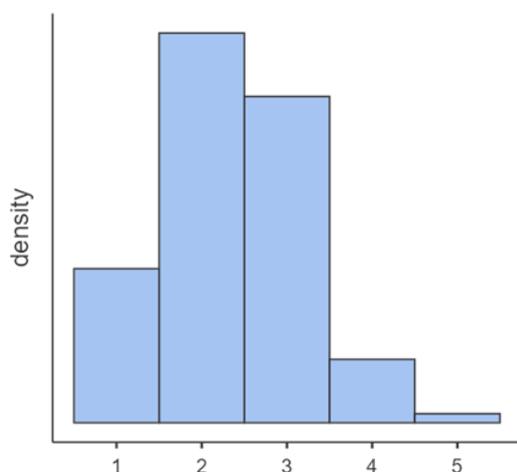


Abb. 5 : Antworten auf die Frage "Denken Sie, dass die derzeitigen Politiker\*innen die Interessen der LGBTQIA+ Community in Deutschland angemessen vertreten?" (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Die Ergebnisse der Umfrage zeigen eine klare Präferenz für Parteien des linken Spektrums beim Einsatz für die Rechte der LGBTQIA+-Community: 40% der Befragten betrachten „Die Linke“ als die Partei, die sich am meisten für LGBTQIA+-Rechte einsetzt, gefolgt von Bündnis 90/Die Grünen mit 22%. Ein Viertel der Befragten gab an, nicht sicher zu sein. Andere Parteien wie die FDP (1%) und die SPD (2%) wurden nur selten genannt. 4,8% der Teilnehmenden gaben an, dass „keine Partei“ die Rechte der LGBTQIA+-Community vertritt.

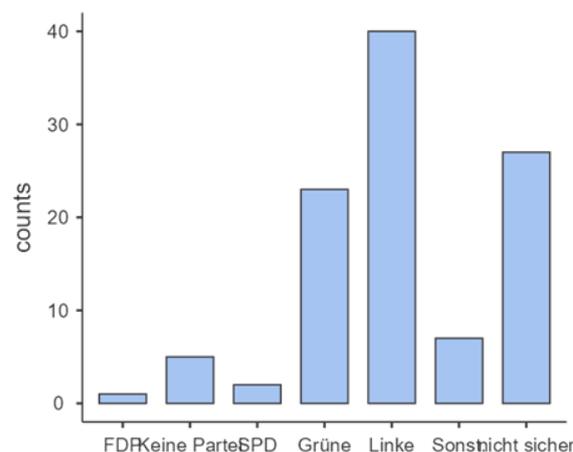


Abb. 6 : Antworten auf die Frage "Welche politische Partei setzt sich Ihrer Meinung nach am meisten für die Rechte der LGBTQIA+ Community in Deutschland ein?"

Die Umfrage zeigt, dass 41% der Befragten der Aussage „Ich persönlich gehe vor allem zum Feiern auf den CSD“ mit „eher nicht“ zustimmen. Weitere 25,5% gaben an, dass diese Aussage „etwas“ auf sie zutrifft. 18,2% stimmten „überhaupt nicht“ zu, während 12,73% die Aussage „ziemlich“ und lediglich 2,7% mit „sehr“ bejahten. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass das Feiern auf dem CSD für die Mehrheit der Befragten nicht der Hauptgrund für die Teilnahme ist. Diese Daten decken sich mit den Zielen des Organisations-teams des Marburger CSDs, die aus der qualitativen Befragung hervorgingen. So äußerte sich eine\*r Organisator\*in wie folgt:

*„Was auch besonders wichtig für den CSD selber war, dass er in erster Linie ein politischer CSD ist, der natürlich auch als Knotenpunkt für Feiern und schöne Gefühle da sein kann, aber [...] in erster Linie eine politische Demonstration ist.“*

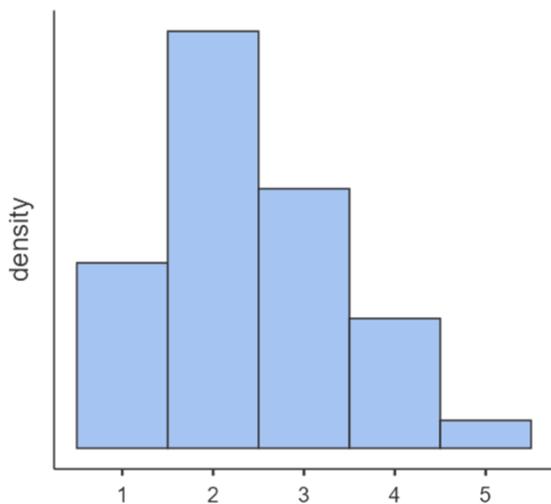


Abb. 7 : Antworten auf die Aussage "Ich persönlich gehe vor allem zum Feiern auf den CSD." (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Unterstrichen wird diese Tendenz durch die Antworten auf die Frage, wie politisch sie den CSD als Event einschätzen. So bewertete eine Mehrheit der Befragten (38,3%) den CSD als „ziemlich“ und 28% als „sehr“ politisches Event. 24,3% stimmten „etwas“ zu und nur 9,6% sahen den CSD als nicht besonders politisch an.

Anhand der qualitativen Daten lässt sich dieses Antwortverhalten auf verschiedene Faktoren zurückführen. Zum einen wurde eine politische Ausrichtung des Marburger CSDs im Jahr 2024 forciert. Dies zeigt beispielsweise folgende Antwort auf die Frage, warum der CSD als politisch wahrgenommen wurde:

*"Ich glaube, dass das [...] daher kommt, dass wir als Orga [...] gesagt haben, dass wir politisch sein wollen und [sich] das dann natürlich auch einfach rumspricht."*

Diese gewollte politische Ausrichtung des Marburger CSDs kann die allgemeine Bewertung des CSDs als politisches Event erklären. Zum anderen wurde in den qualitativen Interviews aber auch die Handlungsfähigkeit bei CSDs in kleineren Städten wie in Marburg, betont. Durch diese könne politischen Themen mehr Raum gegeben werden:

*"Es [hat] erheblich zu spät angefangen [...], dass CSDs anfangen, richtig politisch zu werden. Und das ist kein Wunder, dass das ausgerechnet in kleineren Städten*

*passiert, wo es halt nicht irgendwie eine Gruppe aus alten weißen schwulen Männern ist, die halt wie in München eine GmbH gegründet haben, die den CSD ausgerichtet. Da kommst du [...] nicht rein von außen. [...] in kleineren Städten aber schon. [...] Da kannst du noch richtig [...] Sachen kommunizieren, die auch ankommen."*

Diese Möglichkeit, die beispielsweise dem Marburger CSD durch äußere Rahmenbedingungen gegeben ist, kann also auch als Erklärung für die Wahrnehmung der Teilnehmer\*innen dienen. Die politische Charakteristik entstehe nach dem Organisationsteam aber auch aus einem Gefühl der Notwendigkeit:

*"Ich glaube, dass [...] viele [...] CSDs in kleineren Städten aus einer Notwendigkeit heraus entstehen. Und die Notwendigkeit ist halt leider oft Diskriminierungserfahrungen, Gewalterfahrungen [...]. Und damit ist [...] ein gewisser Schwerpunkt schon gesetzt. Also wenn ich das Gefühl habe [...], ich muss mich jetzt mit anderen Leuten verbinden, [...] ich muss mich vernetzen und wir müssen sichtbar sein und unsere Ziele auf die Straße tragen, dann ist das Ziel vielleicht eher nicht [...]: wir wollen eine fette Party machen."*

Diese Aussage zeigt deutlich, dass Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit einer Politisierung von CSDs stehen. Da diese Korrelation auch beim Marburger CSD von dem Organisations-Team beobachtet wurde, kann davon ausgegangen werden, dass diese ebenfalls die Wahrnehmung der Teilnehmer\*innen prägte.

Gleichzeitig gaben 51% der Befragten an, dass CSDs im Allgemeinen in ihren Augen „etwas“ an ihrem kritischen und radikalen Charakter verloren haben, was darauf hindeutet, dass die Teilnehmer\*innen den CSD in seinem Kern als ein politisches Event wahrnehmen, jedoch auch die Auffassung teilen, dass dieser Aspekt bei CSDs etwas nachgelassen hat und die Paraden etwas von ihrem konfrontativen Protest-Charakter verloren haben. Dennoch sieht eine klare Mehrheit (80 %) den CSD als wichtiges Event, um die Sichtbarkeit zu fördern und Aufmerksamkeit auf die politische

Agenda der LGBTQIA+ Community zu lenken. Eine Minderheit von 15% stimmte dieser Aussage nur „etwas“ zu.

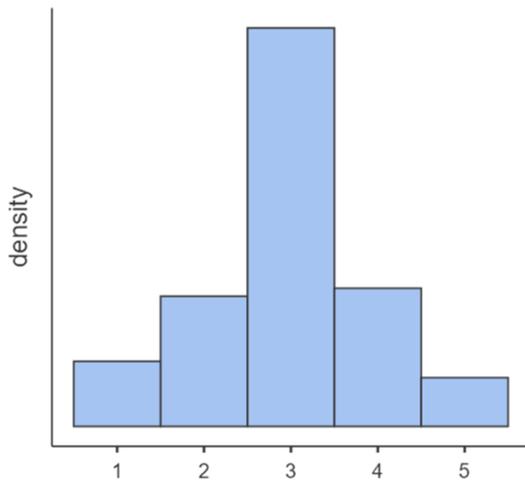


Abb. 8 : Antworten auf die Aussage "CSDs haben heutzutage ihren kritischen und radikalen Charakter verloren." (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Die Beteiligung von Unternehmen an CSDs wird tendenziell kritisch gesehen: 24,2% der Befragten sahen diese als „ziemlich“, und 22,2% als „sehr“ problematisch an. 26,3% stimmten der Aussage „etwas“ zu. Noch deutlich kritischer sahen die Befragten die Nutzung von CSDs als Marketingplattformen für Unternehmen.

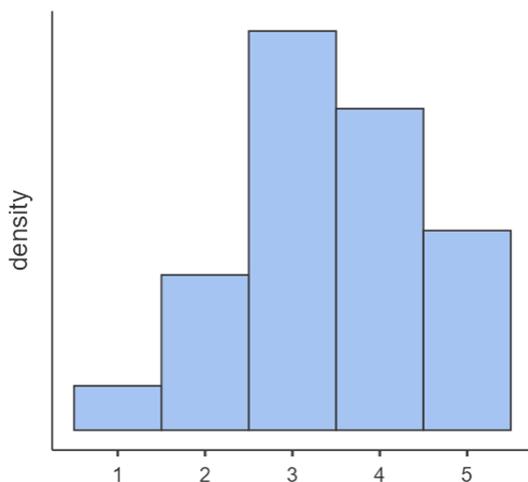


Abb. 9: Antworten auf die Aussage "CSDs sind zu einer Marketingplattform für Unternehmenssponsor\*innen geworden, die sich nicht wirklich für die Rechte und die Gleichstellung der Community einsetzen." (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Im Gegensatz dazu waren die Meinungen zur Verwendung von LGBTQIA+-Symbolen in der

Werbung von Marken und Unternehmen während des Pride-Monats unter den Befragten ambivalent: 18,2% fanden die Verwendung der Symbole „eher nicht“ gut, während eine relative Mehrheit die Nutzung „etwas“ (38,5%) befürwortete. Ein ähnlich großer Anteil der Befragten stimmte der Aussage „sehr“ (13,5%) oder „ziemlich“ (21,2%) zu. Lediglich neun Befragte (8,7%) fanden die Verwendung der LGBTQIA+-Symbolen „überhaupt nicht“ gut. Insgesamt wird die Einbindung von LGBTQIA+-Anliegen in kommerzielle Aktivitäten von den Befragten unterschiedlich bewertet, wobei Unternehmensbeteiligung beim CSD und Werbung im Pride-Month ambivalent beurteilt werden, aber die Nutzung des CSDs als Marketingplattform kritische Stimmen hervorruft.

Größere CSDs werden von einem erheblichen Teil der Befragten nicht bevorzugt: Die Ergebnisse zeigen, dass die Mehrheit keine Präferenz für „große“ CSDs hatte.

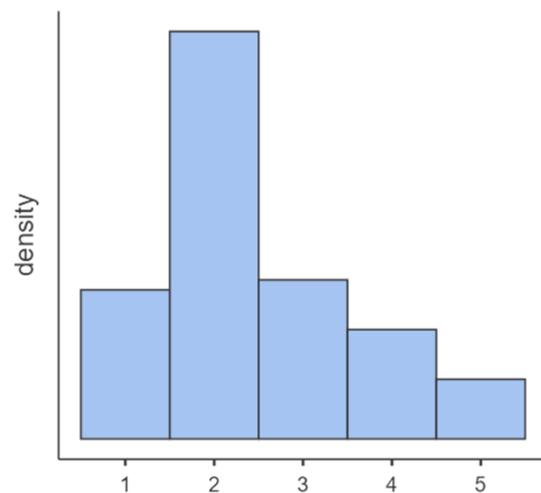


Abb. 10 : Antworten auf die Aussage "Ich gehe lieber auf große CSDs." (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Eine Mehrheit der Befragten stimmten zudem der Aussage, dass die CSDs in großen Städten zu reinen Party-Events verkommen zu. Für 23,2% der Befragten traf diese Aussage „eher nicht“ zu, für 6,1% „überhaupt nicht“.

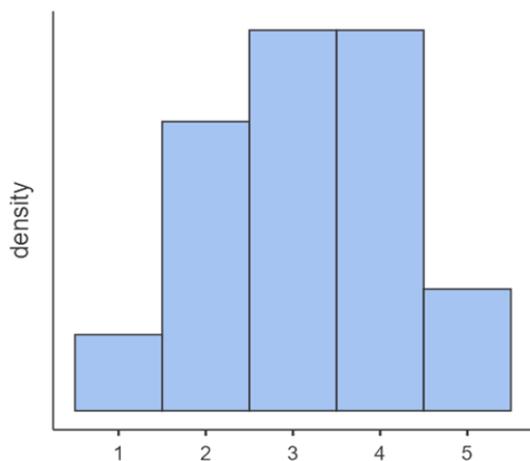


Abb. 11 : Antworten auf die Aussage "Die CSDs in großen Städten verkommen zu einem reinem Party-Event." (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Diese Tendenz zeigt sich auch in den qualitativen Daten, wie folgende Aussage zeigt:

*"Es [ist], glaube ich, einfach so ein Kontrast zu vielen anderen, insbesondere großen und etablierten CSDs, [...] das ist irgendwie einfach eine riesen Party. Und das ist also erstmal komplett ohne das zu werten, aber es ist null politisch, also, oder jedenfalls sehr oberflächlich"*

Angesichts dessen, dass die Teilnehmer\*innen CSDs in großen Städten eher als Party-Events bewerten, CSDs aber v.a. als politische Veranstaltung besuchen, lässt sich die Bevorzugung von CSDs in kleinen Städten erklären. Dies wird auch in folgender Aussage sichtbar:

*"Die großen CSD werden als so wenig politisch wahrgenommen, dass diejenigen, die tatsächlich demonstrieren wollen, einfach ihre eigenen Sachen machen."*

Es zeigt sich ein klares Bild der Demonstrierenden in Marburg, die Inhalte dem Spektakel vorziehen. In diesem Kontext kann auch die breite Mehrheit interpretiert werden, die sich mehr Bildungsangebote in Bezug auf LGBTQIA+-Themen wünscht. Eine klare Mehrheit der Befragten (70,6%) fühlte sich durch die Schulbildung „überhaupt nicht“ ausreichend über queere Themen informiert.

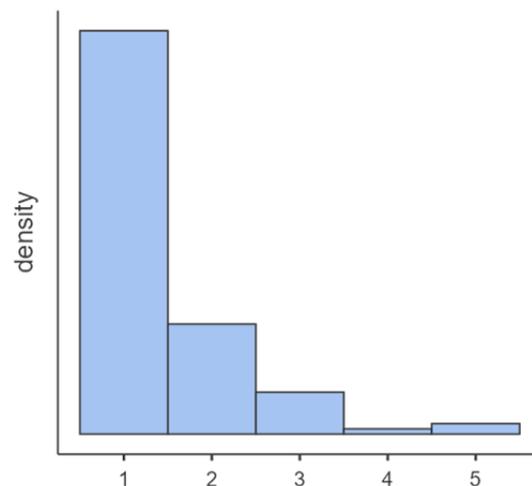


Abb. 12 : Antworten auf die Aussage "Ich fühle mich durch meine Schulbildung ausreichend über queere Themen informiert." (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Befragt nach ihrer Ansicht zur Diversität der CSDs gaben 47,6% an, dass diese „ziemlich“ divers sind, weitere 30% sahen sie als „sehr“ divers an. 10,7% bzw. 11,7% stimmten dieser Aussage „eher nicht“ oder nur „etwas“ zu.

Gleichzeitig sehen 44,6% der Befragten bestimmte Gruppen als nicht ausreichend am CSD repräsentiert. Genannt wurden insbesondere BI-PoC, Menschen mit Behinderung und queere Menschen mit Migrationshintergrund. Dies deutet auf die Wahrnehmung hin, dass der CSD nicht alle Teile der LGBTQIA+-Community gleichermaßen repräsentiert. Allerdings sind 55,4% der Befragten der Meinung, dass es keine Gruppen gibt, die nicht ausreichend auf dem CSD vertreten werden.

Zusammenfassend ist eine ambivalente Wahrnehmung der politischen Ausrichtung des CSDs zu verzeichnen. Einen Aufschluss über die Vielfalt der Identitäten auf dem CSD gibt der nächste Abschnitt.

## Identität

Nun behandeln wir Fragen der Identität aus Sicht der befragten Demonstrierenden. Von diesen gaben 78% an, sich als Teil der queeren Community anzusehen, während sich 10,1% dieser nicht zugehörig fühlen. 11,9% gaben in Antwort auf die Frage nach der Zugehörigkeit zur queeren Community an, dass sie sich unsicher sind.

Auf die Frage, wie sehr sich die Teilnehmenden mit den anderen Personen auf der Demonstration identifizieren, gab nur eine Person überhaupt nicht an, 1,8% „eher nicht“, 29,4% „etwas“, 38,5% „ziemlich“ und 29,4% „sehr“. Die Antworten auf die Frage nach der Identifikation mit einer der organisierenden Gruppen oder Organisationen fielen anders aus: 4,4% der Befragten gaben hier „überhaupt nicht“, 19,8% „eher nicht“, 38,5% „etwas“, 26,4% „ziemlich“ und 10,9% „sehr“ an. Somit ist die Identifikation unter den Befragten mit den anderen Personen auf der Demonstration leicht höher als die mit organisierenden Gruppen und Organisationen.

In der Frage danach, wie wohl sich Personen fühlen, offen über ihre sexuelle Orientierung zu sprechen, wurde zwischen familiärem, freundschaftlichem und beruflichem Umfeld unterschieden.

Im familiären Umfeld gaben 3,7% der Befragten an, sich „überhaupt nicht“ wohl zu fühlen, über ihre sexuelle Orientierung zu sprechen, während 23,9 % angaben, sich „eher nicht“ wohl zu fühlen. 15,6 % fühlen sich „etwas“ wohl, und 29,4 % fühlen sich „ziemlich“ wohl. 27,5 % der Befragten gaben an, sich „sehr“ wohl zu fühlen, offen über ihre sexuelle Orientierung zu sprechen.

Im freundschaftlichen Umfeld fallen die Ergebnisse anders aus: Nur 1,8% fühlen sich „eher nicht“ wohl, und niemand gab an sich „überhaupt nicht“ wohl zu fühlen.

Im beruflichen Umfeld fällt das Bild erneut gemischter aus. 6 % fühlen sich „überhaupt nicht“, und 23% „eher nicht“ wohl.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich die Befragten im freundschaftlichen Umfeld am wohlsten fühlen, gefolgt vom familiären Umfeld. Im beruflichen Kontext herrscht insgesamt ein gemischtes Bild, wobei hier mehr Personen angeben, sich unwohl zu fühlen, als in den anderen Kontexten.

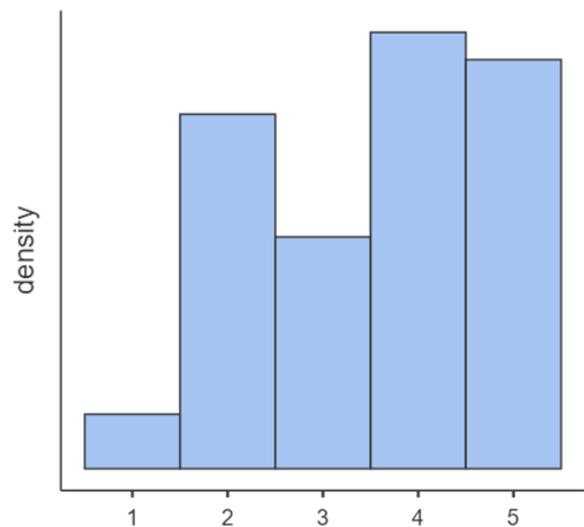


Abb. 13 : Antworten auf die Frage „Wie wohl fühlen Sie sich, in Ihrem familiären Umfeld offen über Ihre sexuelle Orientierung zu sprechen?“ (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

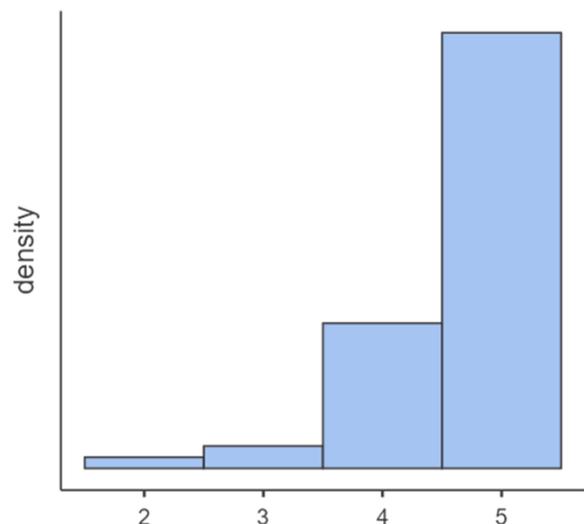


Abb. 14 : Antworten auf die Frage „Wie wohl fühlen Sie sich, in Ihrem freundschaftlichen Umfeld offen über Ihre sexuelle Orientierung zu sprechen?“ (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

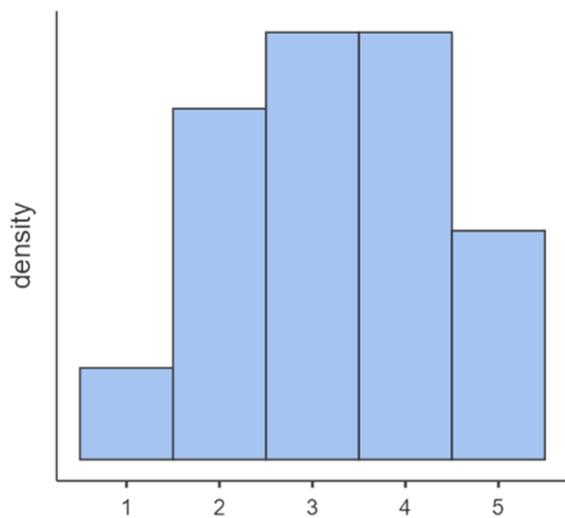


Abb. 15 : Antworten auf die Frage „Wie wohl fühlen Sie sich, in Ihrem beruflichen Umfeld offen über Ihre sexuelle Orientierung zu sprechen?“ (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Die Umfrageergebnisse zur Frage, wie wohl sich Personen fühlen, offen über ihre Geschlechtsidentität zu sprechen, zeigen ebenfalls Unterschiede zwischen familiärem, freundschaftlichem und beruflichem Umfeld.

Im familiären Umfeld geben 7,8% der Befragten an, sich „überhaupt nicht“ wohl zu fühlen, und 13,6% fühlen sich „eher nicht“ wohl. 11,7% empfinden „etwas“ Wohlbefinden, während sich 21,4% „ziemlich“ wohl fühlen. Mit 45,6% fühlt sich fast die Hälfte der Befragten „sehr“ wohl, offen über ihre Geschlechtsidentität zu sprechen.

Im freundschaftlichen Umfeld ist das Bild noch stärker ausgeprägt: Lediglich 0,9 % der Befragten fühlen sich „überhaupt nicht“ wohl, und 2,8% geben an, sich „eher nicht“ wohlzufühlen. 5,7% fühlen sich „etwas“, und 17% fühlen sich „ziemlich“ wohl. Die überwältigende Mehrheit von 73,6% fühlt sich sehr wohl, offen über ihre Geschlechtsidentität im Freundeskreis zu sprechen.

Im beruflichen Umfeld zeigt sich erneut ein gemischtes Bild. 10,4 % der Befragten fühlen sich „überhaupt nicht“ wohl, und 19,8% fühlen sich „eher nicht“ wohl. 15,6% fühlen sich „etwas“ wohl, während 11,5% angeben, sich „ziemlich“ wohlzufühlen. Mit 42,7% gibt jedoch der größte Anteil an sich „sehr“ wohlzufühlen, offen über die Geschlechtsidentität im Arbeitskontext zu sprechen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass die Befragten sich im freundschaftlichen Umfeld deutlich wohler fühlen als im familiären oder beruflichen Umfeld. Während das familiäre Umfeld ebenfalls überwiegend positiv bewertet wird, weist das berufliche Umfeld eine größere Verteilung in den mittleren und unteren Stufen des Wohlbefindens auf.

## Sicherheit auf Pride Parades

Das Sicherheitsempfinden auf Pride Parades speist sich aus verschiedenen Faktoren, wie zum Beispiel der Frage nach dem Wohlbefinden der Teilnehmenden auf der Veranstaltung. Diese wurde von der großen Mehrheit als angenehm und unterstützend wahrgenommen wurde, da sich 97,3 % der Befragten wohl oder sehr wohl fühlen.

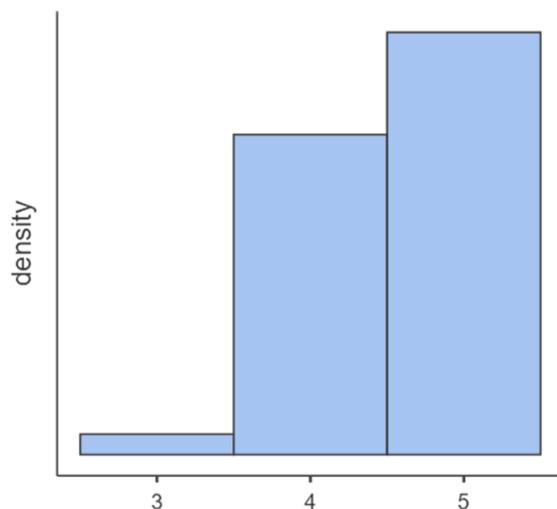


Abb. 16 : Antworten auf die Frage „Wie wohl fühlen Sie sich auf dieser Veranstaltung?“ (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Wie wir auch herausgefunden haben (siehe unten), sind insbesondere Trans\*-Personen häufig unsicher in öffentlichen Kontexten. Wie gelang es dem Marburger CSD ein solch hohes Gefühl der Sicherheit für alle herzustellen? In den qualitativen Befragungen traten diesbezüglich zwei Aspekte in den Vordergrund. Einerseits sehen die Veranstalter\*innen einen Zusammenhang mit der politischen Ausrichtung des Marburger CSDs. In der Zitation einer Teilnehmerin am CSD traf ein\*e befragte\*r Organisator\*in beispielsweise folgende Aussage:

*„Ich weiß von (...) einer Person, die hat Marburg gehört und war so: »Woah, Marburg, da gibt's so nen richtig guten CSD!« (...) Und ich glaube, Leute sind auch bereit, wenn sie sich auf dem CSD wohlfühlen, weit dafür zu reisen. Und es gibt zwar relativ viele Party-CSDs oder so größere CSDs, aber nicht so viele politische CSDs. Und ich glaube, dass das dann so eine Kombination einfach ist: »Das ist politisch okay, die haben (mich) schon im Motto auf dem Schirm, die verwenden inklusive Sprache. Also ich muss einfach nicht automatisch damit rechnen, was auch bei CSDs leider mitunter der Fall ist, dass ich Transfeindlichkeit erlebe, wenn ich da bin.«“*

Andererseits wurde in den Interviews auch vermehrt der Ausschluss der Polizei als Faktor für das Wohlbefinden der Teilnehmer\*innen, die trans\* sind, angeführt.

*„Also weil wir ja auch 30 bis 40% nicht Cis-Personen auf dem CSD hatten und halt leider gerade Trans\*-Personen immer wieder Transfeindlichkeit durch die Polizei erleben. Und das macht natürlich was, wenn ich weiß, (...), die bekommen hier keinen Raum und sie sind auch gar nicht so willkommen. Und wenn da jetzt irgendwas ist, habe ich vielleicht eher das Gefühl, dass ich mich an die Ordner\*innen oder an die Awareness wenden kann, weil (...) diese Grundproblematik bewusst ist.“*

Die Ergebnisse zur Frage, wie sicher sich die Teilnehmenden auf dem Weg zum CSD fühlten, zeigen, dass die Mehrheit auch auf dem Hinweg ein hohes Maß an Sicherheit wahrnahm. 6,3% der Befragten fühlten sich „eher nicht“ sicher, während 15,2% angaben, sich „etwas“ sicher zu fühlen. 78,5 % empfanden hingegen ein „ziemlich“ oder „sehr“ großes Sicherheitsgefühl.

Auch die Anwesenheit von Personen, die nicht Teil der LGBTQIA+ Community sind, könnte sich auf das Sicherheitsgefühl auswirken, Gegenüber deren Partizipation zeigen die meisten Befragten jedoch eine positive Haltung. 52,4% der Teilnehmenden bewerteten die Anwesenheit von Nicht-LGBTQIA+ Personen auf dem CSD als „sehr“ gut und 47,6,% gaben an, dass sie die Anwesenheit

dieser Personen „etwas“ oder „ziemlich“ gut finden.

Die Umfrageergebnisse zur Frage, wie sehr sich die Teilnehmenden auf dem CSD komplett sicher fühlen, zeigen eine überwiegend positive Wahrnehmung der Sicherheit. 2,7% der Befragten stimmen der Aussage „eher nicht“ zu, während 5,4% angeben, sich „etwas“ sicher zu fühlen. 46,9% der Teilnehmenden fühlen sich „ziemlich“ sicher, und 45,1% empfinden die Sicherheit als „sehr“ hoch. Insgesamt zeigt sich, dass nahezu alle Teilnehmenden ein hohes Maß an Sicherheit auf dem CSD wahrnehmen, mit 92% der Befragten, die sich ziemlich oder sehr sicher fühlen.

An dieser Stelle ist erneut auf die Wahrnehmung der interviewten Organisator\*innen hinzuweisen, die einen Zusammenhang zwischen dem Befinden der Teilnehmer\*innen, die zu 27,1% angegeben haben, nicht-Cis zu sein, und dem Ausschluss der Polizei sehen.

Die Umfrageergebnisse zur Frage, ob die Teilnehmenden auf einem CSD jemals Anfeindungen oder Diskriminierung beobachtet oder selbst erfahren haben, zeigen ein gemischtes Bild. 20,8% der Befragten geben an, dass sie überhaupt keine solchen Erfahrungen gemacht haben. 18,9% stimmen der Aussage „eher nicht“ zu, während 10,4% angeben, „etwas“ Diskriminierung oder Anfeindungen beobachtet oder erlebt zu haben. 13,2% der Teilnehmenden empfinden die Aussage als „ziemlich“ zutreffend, und 36,8 % stimmen ihr „sehr“ zu.

Insgesamt lässt sich sagen, dass mehr als die Hälfte der Befragten (58,3%) entweder keine oder nur geringe Erfahrungen mit Anfeindungen oder Diskriminierung auf dem CSD gemacht haben, während ein erheblicher Anteil (42,1%) diese Erfahrungen in unterschiedlichem Maße gemacht hat.

Die Umfrageergebnisse zur Frage, ob polizeiliche Präsenz auf dem CSD ein Gefühl von Sicherheit gibt, zeigen eine gemischte Reaktion. 17,8% der Befragten geben etwa an, dass sie überhaupt kein Sicherheitsgefühl durch die Polizeipräsenz haben, während 13,1% sich durch die polizeiliche Präsenz „sehr“ sicher fühlten. Etwa 40 % der Teilnehmenden verspüren eher wenig bis gar kein Sicherheitsgefühl durch die Polizei auf dem CSD, während rund 45 % eine moderate bis hohe positive Wirkung wahrnehmen.

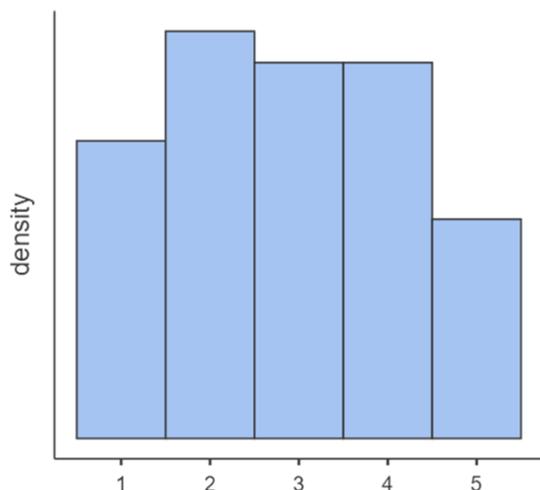


Abb. 17 : Antworten auf die Aussage „Polizeiliche Präsenz auf dem CSD gibt mir ein Gefühl von Sicherheit.“ (1 = überhaupt nicht; 5 = sehr)

Das Veranstaltungsteam des Marburger CSDs einen klaren Zusammenhang des fehlenden Sicherheitsgefühls durch polizeiliche Präsenz und der Geschlechtsidentität und der Sexualität der Teilnehmer\*innen. So meint ein\*e Organisator\*in beispielsweise:

*„Wir laden die Polizei nicht ein, (...) Teil des CSDs zu sein. Einfach um auch noch mal deutlich zu machen, (...) gerade queere Menschen, die sich nicht sicher fühlen, wenn die Polizei vor Ort ist, sind total willkommen.“*

Die Korrelation zwischen dem Sicherheitsgefühl und der Zugehörigkeit zur queeren Community konnte auch in den quantitativen Daten erkannt werden und wird im nachfolgenden Kapitel näher beleuchtet.

Ein Blick auf die aktuelle Politik und Gesetze in Deutschland zum Schutz der Rechte von

LGBTQIA+ Menschen führt bei den Befragten zu überwiegend kritischen Antworten. 15,4% der Teilnehmenden sind der Meinung, dass die Rechte der LGBTQIA+ Community „überhaupt nicht“ geschützt werden, während 41,4% angeben, dass dies „eher nicht“ der Fall ist. Nur 1,9% der Befragten stimmen der Aussage „sehr“ zu, dass die aktuellen Gesetze ausreichend Schutz bieten. Die Mehrheit der Teilnehmenden (57,7%) ist der Ansicht, dass die politischen Maßnahmen in Deutschland die Rechte von LGBTQIA+ Menschen nicht ausreichend schützen.

Diese Ergebnisse spiegeln auch die qualitativ erhobenen Daten wider. Eine der interviewten Personen fasst die gesellschaftliche Lage wie folgt zusammen:

*„Alle reden über uns, aber wir genießen absolut nicht annähernd den strukturellen gesellschaftlichen Schutz, den wir bräuchten. (...) Sichtbarkeit ohne Sicherheit.“*

Dabei geht es vor allem um den fehlenden Schutz von Trans\*-Personen:

*„Was sich allerdings leider getan hat, ist, dass es (...) gleichzeitig diesen transfeindlichen Backlash gab, insbesondere in der westlichen Welt. (...) wie gesagt, Homosexuelle haben als Feindbild nicht mehr funktioniert, die waren schon längst im Bürgertum angekommen. Und dieser Backlash, gepaart mit der Sichtbarkeit, war absolut tödlich in den letzten 10 Jahren. Also das ist, was zu einem kompletten Decline (...) unsere(r) Sicherheit und (...) unsere(r) politische(n) Agency (geführt hat.)“*

## Demografische Daten

Die Teilnehmenden wurden überwiegend zwischen 1997 und 1999 geboren, wobei der Median bei 1999 lag. Der Modalwert, also das häufigste Geburtsjahr, war 2002. Die älteste befragte Person wurde 1966 geboren. Diese Ergebnisse spiegeln eine vorwiegend junge Altersgruppe der Befragten wider.

Mehr als die Hälfte der Befragten (55,24%) lebt in Orten mit 20.000 bis 100.000 Einwohner\*innen. Kleinere Orte zwischen 1.000 und 5.000 Einwohnerinnen machten 15,24% aus,

während 8,57% der Befragten aus größeren Städten mit über 250.000 Einwohner\*innen leben. Diese Verteilung zeigt eine hohe Konzentration von Teilnehmenden aus mittelgroßen Städten.

Das Einkommen der Befragten variiert: 34,65% verdienen zwischen 500 und 1.000 Euro, während 17,82% ein Einkommen von 2.000 bis 3.000 Euro angeben. Weniger als 500 Euro verdienen 14,85% und lediglich 0,99 % erzielen ein Einkommen von über 4.000 Euro. Die Ergebnisse verdeutlichen eine finanzielle Bandbreite, mit einem Schwerpunkt im unteren bis mittleren Einkommenssegment.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (83 %) gab an, vollständig in Deutschland aufgewachsen zu sein. Einzelne Teilnehmer\*innen (3,57%) wuchsen zum Teil in Deutschland, zum Teil im Ausland (Frankreich, Tschechien, USA) auf. 5,36% der Befragten gaben an, vollständig im Ausland (Ukraine, Spanien, Italien, England) aufgewachsen zu sein. Hierbei muss einschränkend wiederholt werden, dass der Fragebogen nur auf Deutsch vorlag und mehrere Menschen deshalb nicht teilnahmen.

Knapp ein Viertel der Befragten ist in kleinen Landgemeinden mit 1.000 bis 5.000 Einwohner\*innen aufgewachsen, während je weitere 20,72% ihre Kindheit in Kleinstädten (5.000 – 20.000 Einwohner\*innen) oder Mittelstädten (20.000 - 100.000 Einwohner\*innen) verbrachten. Größere Großstädte mit über 300.000 Einwohner\*innen stellten nur 9,91% dar. Diese Ergebnisse zeigen eine starke Verankerung im ländlichen und mittelstädtischen Bereich.

Auf die Frage nach der Herkunft der Eltern gaben 82,73% der Befragten an, dass beide Elternteile in Deutschland (BRD und DDR) geboren wurden. 10% gaben an, dass ein Elternteil in Deutschland und ein Elternteil im Ausland geboren wurden. Die Elternteile von weiteren 6,36% Teilnehmenden an der Umfrage wurden beide im Ausland geboren.

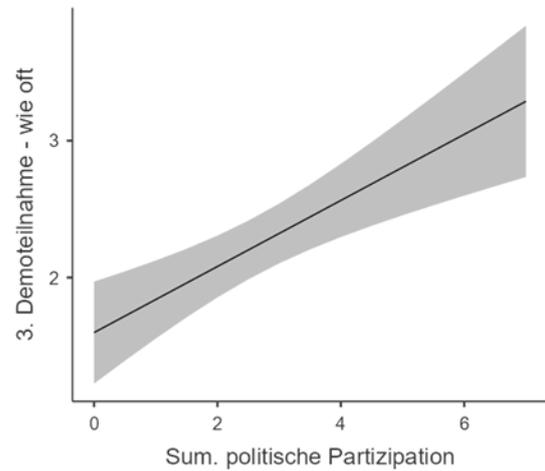
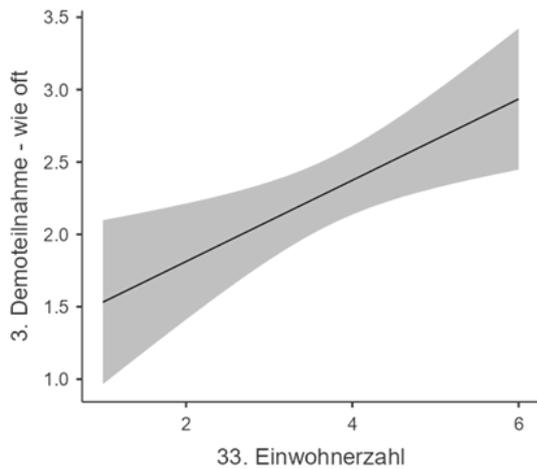
Die Mehrheit der Befragten gab an, derzeit entweder Student\*in (36,6%) oder Schüler\*in (13,4%) zu sein. Ein Drittel gab an, Arbeitnehmer\*in zu sein. 11,6% ordneten ihre Beschäftigung unter „Sonstiges“ ein. Die Mehrheit jener ist

aktuell als Auszubildende\*r (53,85%) beschäftigt, weitere 15,38% leisten jeweils einen Freiwilligendienst ab oder sind verbeamtet.

Die Mehrheit der Befragten verfügt über einen hohen Bildungsgrad: 50% haben die Fachhochschulreife (Abitur) erlangt, und weitere 27,3% bereits ein Studium abgeschlossen. Lediglich 14,54% haben einen Realschulabschluss gemacht. Unter 5% der Befragten verfügten über einen Hauptschulabschluss oder keinen Abschluss. 3,6% haben eine Promotion abgeschlossen.

## Korrelationen

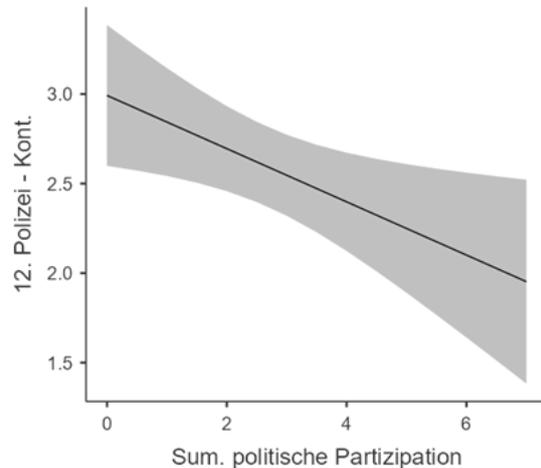
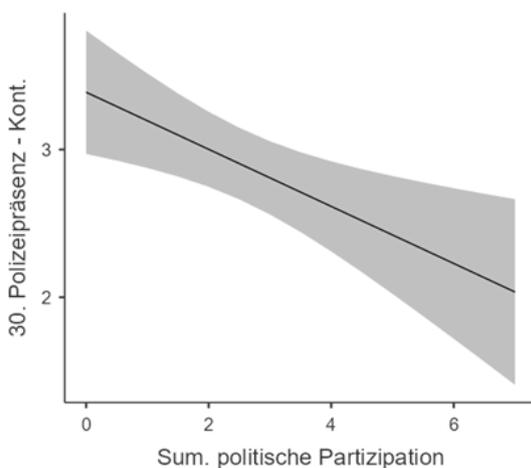
Einige demographische Eigenschaften der Teilnehmenden hängen linear mit anderen Faktoren zusammen. Die Analyse der Daten zeigt beispielsweise, dass sowohl Einwohner\*innenzahl des eigenen aktuellen Wohnortes als auch politische Aktivität positiv mit der Anzahl an Demonstrationsteilnahmen korrelieren. Das bedeutet zum einen: je politisch aktiver die Menschen, beziehungsweise je häufiger sie sich an Aktionen wie Petitionen, Streiks oder Boykotts beteiligen, desto öfter nehmen sie auch an Demonstrationen teil. Tendenziell häufigere Demonstrationsteilnahmen ergeben sich ebenfalls als Folge von höherer Einwohner\*innenzahl des aktuellen Wohnortes. Dies könnte dadurch zu erklären sein, dass in größeren Städten schlichtweg ein größeres Angebot an Demonstrationen herrscht, was den Zugang erleichtert. Darüber hinaus könnte hierbei die Vorstellung eine Rolle spielen, dass Menschen in größeren Städten im Durchschnitt stärker politisiert sind und sich in der Folge auch stärker politisch und aktivistisch beteiligen. Ein signifikanter Zusammenhang zwischen Einwohner\*innenzahl und politischer Aktivität, welcher diese These unterstützen würde, konnte in der vorliegenden Stichprobe allerdings nicht gefunden werden. Auch die Untersuchung der Einwohner\*innenzahl als Mediatorvariable in dem genannten Zusammenhang erwies sich nicht als signifikant. Die Einwohner\*innenzahl spielt in dieser Untersuchung also keine kritische Rolle für die Ausprägung der politischen Aktivität. Dies deutet darauf hin, dass vor allem politische Aktivität einen direkten Effekt auf die Anzahl an Demonstrationsteilnahmen hat.



Einwohner\*innenzahl und die Häufigkeit der Beteiligung an politischen/aktivistischen Aktivitäten erweisen sich auch in anderen Kontexten als sinnvolle Prädiktoren. So liegen positive lineare Zusammenhänge zwischen den beschriebenen Variablen und der Auffassung vor, dass „wenn sich Bürger\*innen zusammenschließen“ sie „viel Einfluss auf politische Entscheidungen in diesem Land nehmen“ können. Auch das Einkommen korreliert in diesem Fall positiv. Die Ergebnisse verdeutlichen: wer sich politisch bzw. aktivistisch viel engagiert, vertritt im Durchschnitt auch eher die Meinung, dass kollektives Engagement zumindest auf nationaler Ebene Auswirkungen haben kann. Gleiches gilt bei höherem Einkommen und höherer Einwohner\*innenzahl des Wohnortes. Bei den Aussagen „wenn sich Menschen aus verschiedenen Ländern zusammenschließen, können sie viel Einfluss auf die internationale Politik

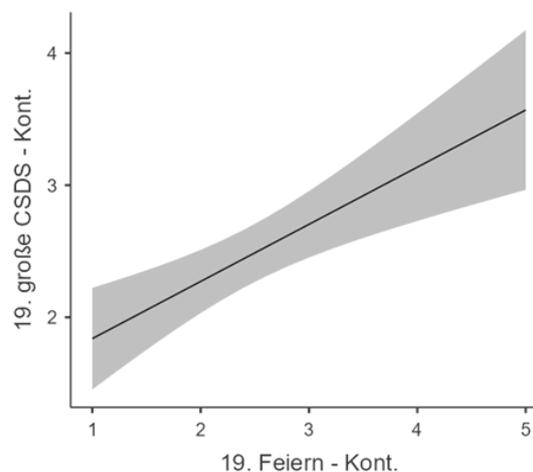
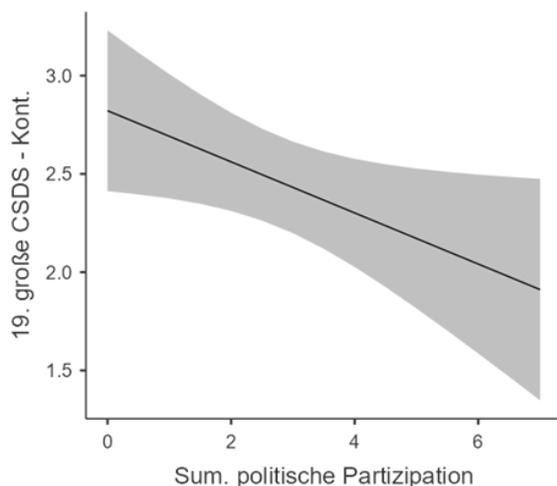
nehmen“ und „mit meinem Engagement kann ich die Politik in diesem Land beeinflussen“ stellen sich diese Effekte jedoch nicht ein.

Weiterhin zeigen sich sowohl zwischen Einwohner\*innenzahl des Wohnortes als auch zwischen politischer/aktivistischer Beteiligung negative lineare Zusammenhänge mit der Zustimmung zur Aussage „Polizeiliche Präsenz auf dem CSD gibt mir ein Gefühl von Sicherheit“. Je höher bzw. ausgeprägter die beiden Variablen sind, desto weniger wird der Aussage zugestimmt. Die Beobachtung wird unterstützt durch einen weiteren, negativen, linearen Zusammenhang zwischen politischer Aktivität und Vertrauen in die Polizei. Sowohl das Sicherheitsgefühl durch die Anwesenheit der Polizei als auch das generelle Vertrauen in diese ist bei höherer politischer Partizipation gesenkt.



Die politische Partizipation weist ebenfalls einen negativen linearen Zusammenhang mit der Zustimmung zur Aussage „Ich gehe lieber auf große CSDs“ auf. Je mehr sich die Menschen in der vorliegenden Stichprobe also politisch/aktivistisch beteiligen, desto weniger spielt die Größe der Veranstaltung eine Rolle für deren

Beteiligung an dieser. Gleichzeitig existiert ein deutlicher positiver Zusammenhang zwischen dieser Aussage und dem Item „Ich persönlich gehe vor allem zum Feiern auf den CSD“. Wer vor allem den Party-Faktor am CSD schätzt, scheint also große CSDs vorzuziehen.



### Gefühlte Unsicherheit: „Queerness“ als Faktor

Besonders interessant sind die Ergebnisse in Bezug auf Gruppenunterschiede zwischen denjenigen Menschen, die sich mit der queeren Community identifizieren und denen, die dies nicht tun oder sich diesbezüglich unsicher sind. Die zugrunde liegende Frage lautet: „Sehen Sie sich als Teil der queeren Community?“. Für den Vergleich wurden die Personen, die „ja“ geantwortet haben, mit denen verglichen, die „nein“ oder „unsicher“ antworteten.

Auf die Frage „Inwiefern identifizieren Sie sich mit den anderen Personen auf der Demonstration?“ reagierten Menschen, die sich mit der queeren Community identifizieren, im Durchschnitt mit signifikant höherer Zustimmung. Die Anwesenheit von nicht LGBTQIA+-Personen auf der Demonstration wird im Mittel gesehen zwar begrüßt, jedoch signifikant weniger als von Menschen, die sich nicht als Teil der queeren Community sehen.

Auch das Sicherheitsgefühl wies Unterschiede zwischen den beiden Gruppen auf. Während die

durchschnittliche Antwort auf die Frage „Wie sicher fühlten Sie sich auf dem Weg zum CSD?“ bei Menschen mit Identifikationsgefühl bei 4,05 liegt, ist dieser Wert bei den anderen bei 4,58 angesiedelt (4 = stimme zu; 5= stimme vollkommen zu). Der statistisch signifikante Unterschied zeigt ebenfalls, dass sich Menschen, die sich nicht mit der queeren Community identifizieren, sicherer fühlen. Bei weiteren Items sind ähnliche Ergebnisse zu finden. Auch auf die Aussagen „Ich fühle mich auf dem CSD komplett sicher“ und „die aktuelle Politik und Gesetze in Deutschland schützen die Rechte von LGBTQIA+ Menschen in Deutschland angemessen“ antworteten Menschen die sich mit der queeren Community identifizieren mit signifikant weniger Zustimmung als diejenigen die sich nicht mit der Community identifizieren oder sich diesbezüglich unsicher sind.

Unterschiedliche Antworten wurden außerdem dazu gegeben, ob sich die Teilnehmenden in unterschiedlichen Kontexten wohlfühlen, über ihre Geschlechtsidentität zu sprechen. Signifikante Gruppenunterschiede ergeben sich hierbei sowohl in Bezug auf den familiären als auch auf den beruflichen Kontext, nicht jedoch im freundschaftlichen. Diejenigen Teilnehmenden die

angaben sich nicht mit der queeren Community zu identifizieren oder unsicher zu sein weisen hier eine klare Tendenz auf sich in den genannten Kontexten wohler damit zu fühlen, über ihre Geschlechtsidentität zu sprechen als das bei den Personen der queeren Community der Fall ist.

## Fazit und Ausblick

Der CSD 2024 in Marburg hatte viel zu bieten – viele Menschen, viel Diversität, viel Politisierung. Dies spiegelte sich nicht nur auf den ersten Blick auf der Straße wider, sondern auch in den Umfrageergebnissen mit Teilnehmenden und Gesprächen mit den Organisator\*innen. Im Gegensatz zu vielen anderen CSDs in Deutschland und im Ausland, die sich zunehmend kommerzialisieren und bei denen große Unternehmen sowie politische Parteien zunehmend Raum einnehmen, zeichnet sich der Marburger CSD durch eine konsequente politische Ausrichtung aus. Diese umfasste Verbote der Auftritte politischer Parteien, Staatenfahnen und Unternehmen, ein spezifisches Motto zur Visibilisierung, Anerkennung und Rechten von Trans\*-Personen von Seiten der Organisation, also Elemente, die auch den Einstellungen der meisten Teilnehmenden entsprachen. Die hohe Beteiligung von queeren und Trans\*-Personen, die explizit formulierte Ablehnung polizeilicher Präsenz und die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen heben ihn als stark politisierten, queer\*-feministischen Raum hervor.

Wir wollten herausarbeiten was die Teilnehmenden auszeichnet und bewegt und ob und wie sich der Marburger CSD von anderen queeren Veranstaltungen unterscheidet. Die Ergebnisse zeigen, dass sich der Marburger CSD dezidiert politisch ausrichtet. Dies steht im Kontrast zu anderen deutschen CSDs, bei denen sich häufig politischer Protest und kommerzielle Party vermischt. Während sich in großen Städten wie Berlin oder Frankfurt zunehmend alternative, politisierte CSDs als Gegenveranstaltungen zu kommerzialisierten Prides formieren, stellt der Marburger CSD eine Besonderheit dar: Hier ist die politisierte Demonstration die Hauptveranstaltung.

Ein weiteres bemerkenswertes Ergebnis unserer Untersuchung ist die außergewöhnlich hohe

Beteiligung von nicht cis-geschlechtlichen Personen auf dem Marburger CSD. Entgegen den Ergebnissen von Peterson et al. (2018), die für viele europäische Pride-Veranstaltungen eine stärkere cis-männliche Dominanz feststellen, zeigte sich in Marburg eine deutlich diversere Geschlechterverteilung. Dies kann mit der spezifisch queer\*-feministischen Ausrichtung der Veranstaltung und der bewussten Inklusion von trans\* und nicht-binären Perspektiven und Personen zusammenhängen.

Die Untersuchung macht zudem deutlich, dass Sichtbarkeit nicht automatisch mit Sicherheit einhergeht. Während die Demonstration für viele als ein geschützter Raum der Gemeinschaft wahrgenommen wurde, blieb das Sicherheitsgefühl ambivalent, insbesondere unter nicht cis-geschlechtlichen Personen und insbesondere in Bezug auf die Präsenz der Polizei. Unsere Ergebnisse legen nahe, dass viele queere und insbesondere Trans\*-Personen die Polizei nicht als Schutzinstanz, sondern als potenzielle Bedrohung wahrnehmen. Diese Erkenntnisse spiegeln sowohl historische als auch aktuelle Erfahrungen der queeren Community im gewaltvollen Kontakt mit der Polizei wider – sei es durch direkte Konfrontationen oder durch das Unterlassen polizeilichen Schutzes bei Angriffen durch Dritte. Dies wirft weiterführende Fragen zur Sicherheit queerer Menschen im öffentlichen Raum auf und macht deutlich, dass bestehende Sicherheitskonzepte überdacht werden müssen. Gleichzeitig lässt sich hieraus der Bedarf zur tiefgehenden Auseinandersetzung mit der Beziehung zwischen Polizei und LGBTQIA+ Community ableiten.

Diese Erkenntnisse machen außerdem deutlich, dass weiterer Forschungsbedarf besteht. Zunächst sollten weitere CSDs in Deutschland untersucht werden, um Vergleiche zwischen verschiedenen Pride-Paraden und deren inhaltlichen Ausrichtungen zu ermöglichen. Die vorliegende Untersuchung legt nahe, dass der Marburger CSD als überdurchschnittlich politisch wahrgenommen wird. Zukünftige Studien könnten diese Einschätzung überprüfen und mit Veranstaltungen in anderen Städten abgleichen. Besonders relevant ist die Frage, ob es strukturelle Unterschiede zwischen CSDs in Großstädten und kleineren Städten gibt und inwiefern intersektionale Perspektiven in der Organisation und Durchführung der

Veranstaltungen berücksichtigt werden. Auch wenn diese Studie bereits versucht hat, durch Fragen zu Herkunftsorten, Einwohner\*innenzahlen und lokalen CSD-Veranstaltungen Rückschlüsse auf Stadt-Land-Unterschiede zu ziehen, konnten keine eindeutigen Ergebnisse gewonnen werden, weil konkrete Vergleichswerte fehlen. Eine gezielte Untersuchung von CSDs in unterschiedlich großen bzw. kleinen Städten könnte hierzu weitere Erkenntnisse liefern.

Abschließend lässt sich festhalten, dass mit der vorliegenden Untersuchung ein erster Beitrag in der Erforschung deutscher Pride Parades

geleistet wurde. Es konnte gezeigt werden, dass es sich bei dem CSD24 in Marburg um einen stark politisierten Christopher Street Day handelt, mit einem deutlichen Fokus auf Inklusion und Diversität sowie einem äußerst polizeikritischen Charakter. Der CSD Marburg zeigt eindrücklich, dass queere Demonstrationen nicht nur Räume der Sichtbarkeit, sondern auch des politischen Widerstands sind. Gerade in einer Zeit, in der Angriffe auf queere Menschen und ihre Rechte zunehmen, bleibt die Auseinandersetzung mit diesen Themen von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung.

---

## Bibliographie

- Bernstein, M. (2024, 22. Juli). Männlich, studentisch, rechts sucht Zimmergenossen. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-studentenverbindungen-handbuch-burschenschaft-rechtsextremismus-zimmer-lux.9ykBcGKXKvi7Pt5ZdHGQE3?reduced=true>
- Beug, S. (2024, 13. Juli). CSD in AfD-Hochburg: "Was ist heute? Kaiser:innenwetter", ruft die Dragqueen. *Die Welt*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article252512700/CSD-in-Pirna-Was-ist-heute-Kaiserinnenwetter-ruft-die-Dragqueen.html>
- BILD Berlin. (2024a, 22. Mai). Achtung, Sprach-Polizei. *BILD Berlin*. Abgerufen aus Nexis.
- BILD Berlin. (2024b, 27. Juli). Wird der Berliner CSD zur Parade der Israel-Hasser? Veranstalter schweigt zur Teilnahme von Queers for Palestine-Aktivist:innen. *BILD Berlin*. Abgerufen aus Nexis.
- Bundeskriminalamt. (2024, 21. Mai). Politisch motivierte Kriminalität in Deutschland erreicht neuen Höchststand: Statistik für das Jahr 2023 veröffentlicht: Deutlicher Anstieg politisch rechts motivierter Straftaten / Massiver Anstieg antisemitischer Straftaten seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel [Pressemitteilung]. [https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite\\_Pressemitteilung/2024/Presse2024/240521\\_PM\\_Fallzahlen\\_PMK2023.html](https://www.bka.de/DE/Presse/Listenseite_Pressemitteilung/2024/Presse2024/240521_PM_Fallzahlen_PMK2023.html) (zuletzt geprüft am 17.03.2025).
- Conrad, M. (2024, 15. Juli). Endlich CSD in Sonneberg. *die Tageszeitung (TAZ)*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://taz.de/Queeres-Leben-in-Thueringen/!6020626>
- CSD Deutschland e.V. (2024). Auf einen Blick CSD Deutschland 2024 Termine. *CSD Deutschland e.V.* Abgerufen am 26. November 2024 von <https://csd-deutschland.de/auf-einen-blick/>
- Daldrup, T. (2024, 12. Juli). Kampagne im Netz: Verfassungsschutz warnt vor "Stolzmonat" – Juristen sehen Meinungsfreiheit verletzt. *Die Welt*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.welt.de/regionales/berlin/article252719996/Berlins-Queer-Beauftragter-Bekomme-Morddrohungen.html>
- Daphi, P., Haunss, S., Sommer, M., & Teune, S. (2021). Taking to the Streets in Germany – Disenchanted and Confident Critics in Mass Demonstrations, German Politics, [DOI: 10.1080/09644008.2021.1998459](https://doi.org/10.1080/09644008.2021.1998459)
- della Porta, D., & Andretta, M. (2014). Surveying Protestors. Why and How. In: della Porta, D. (Hrsg.): *Methodological Practices in Social Movement Research*. Oxford and Malden, MA: Oxford University Press, 308–334.
- della Porta, D., & Diani, M. (2006). Social movements: An introduction. Malden, MA: Blackwell.
- Die Bundesregierung. (o. D.). Artikel 3 – Gleichheit vor dem Gesetz. *Die Bundesregierung*. Abgerufen am 17. Dezember 2024 von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte-der-bundesregierung/75-jahre-grundgesetz/artikel-3-qq-2267592>
- Die Welt. (2024, 1. Juni). Rechtsextreme Gruppierung stört CSD-Demo in Dresden. *Die Welt*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.welt.de/regionales/sachsen/article251815760/Rechtsextreme-Gruppierung-stoert-CSD-Demo-in-Dresden.html>
- Frankfurter Allgemeinen Zeitung. (2024, 27. Juli). Viel Glitzer und Party auf CSD in Berlin. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2023). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2021. *GESIS, Köln*. ZA5280 Datenfile Version 2.0.1, <https://doi.org/10.4232/1.14238>.
- Klandermans, B., van Stekelenburg, J., van Troost, D., van Leeuwen, A., Walgrave, S., Verhulst, J., van Laer, J., & Wouters, R. (2011). Manual for Data Collection on Protest Demonstrations. Caught in the Act of Protest: Contextualizing Contestation (CCC). Amsterdam and Antwerp: VU University and University of Antwerp.
- LSVD - Verband Queere Vielfalt. (2024). Queerfeindliche Gewalt: Angriffe auf Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ\*): Zahlen/ Statistik zu LSBTIQ\*-feindlicher Gewalt / PMK Hasskriminalität aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. <https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Queerfeindliche-Gewalt#wie-viel-homophob-motivierte-straftaten> (zuletzt geprüft am 17.03.2025).
- Mooser, B. (2024, 29. Juli). "Hey, wir sind hier!". *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen am 26. November 2024 von

- <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/ebersberg/christopher-street-day-csd-ebersberg-premiere-queerness-auf-dem-land-lux>
- Nölken, N. (2024, 3. Juni). CSD in Dresden von Neonazis bedroht! *BILD Berlin*. Abgerufen aus Nexis.
- Oberhessische Presse. (2024a, 24. Juni). Mehr als 300.000 Menschen bei CSD in München. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/hessen/mehr-als-300-000-menschen-bei-csd-in-muenchen-VGB7F6UPI4NOV2VHTCO4L724GA.html>
- Oberhessische Presse. (2024b, 2. Juli). Queere Community erobert die Stadt: CSD am Samstag in Marburg. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/marburg/csd-in-marburg-vorschau-zum-christopher-street-day-2024-AJEJ2GN7DRA6HB5XPTOW5KDG7M.html>
- Oberhessische Presse. (2024c, 19. Juli). Die queere Community feiert: Wie sicher sind die CSDs? *Oberhessische Presse*. Wie sicher sind CSD-Paraden in Deutschland? Verbände und Polizei fordern mehr Schutz. Abgerufen aus Nexis.
- Oberhessische Presse. (2024d, 21. Juli). Politiker und Promis feiern beim Kölner CSD mit und fordern: Kein „Rollback“ queerer Rechte. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/panorama/koelner-csd-politiker-feiern-mit-und-fordern-kein-rollback-queerer-rechte-B6DZTHLQPFONXH64JOWCGQOGJE.html>
- Oberhessische Presse. (2024e, 22. Juli). CSD in Köln: Feiern für queere Rechte. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/panorama/csd-in-koln-feiern-fur-queere-rechte-6TDB6T3NCNAJMQIC2VILB77CA.html>
- Oberhessische Presse. (2024f, 27. Juli). Glitzer, Regenbogen und Politik: Zehntausende feiern beim CSD in Berlin. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/panorama/csd-in-berlin-zehntausende-feiern-beim-christopher-street-day-LS3A7VNLKZMT-FFB4MLCGPXNDFI.html>
- Oberhessische Presse. (2024g, 28. Juli). "Für eine progressive Welt": Grönemeyer fordert Schutz queerer Menschen im Grundgesetz. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/promis/csd-berlin-groenemeyer-fordert-schutz-queerer-menschen-im-grundgesetz-4FF66KXAXJL7LCVO3N43F3ZR4E.html>
- Ohlendorf, V. (2024, 12. November): Mehr Hass und Gewalt. CSD-Saison 2024 zwischen Queerfeindlichkeit und Solidarität. *Belltower.News*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.belltower.news/mehr-hass-und-gewalt-csd-saison-2024-zwischen-queerfeindlichkeit-und-solidaritaet-156835/>
- Peterson, A., Wahlström, M., & Wennerhag, M. (2018). *Pride Parades and LGBT Movements: Political Participation in an International Comparative Perspective*. Gender and Comparative Politics. Taylor & Francis. <https://library.open.org/bitstream/handle/20.500.12657/24158/1005973.pdf>
- Peterson, A., Wahlström, M., & Wennerhag, M. (2018a). 'Normalized' Pride? Pride parade participants in six European countries. In: *Sexualities*, H. 21 (7), 1146–1169.
- Rietzschel, A. (2024, 16. Juli). Wenn die Regenbogenflagge in der AfD-Hochburg weht. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/politik/wenn-die-regenbogenflagge-in-der-afd-hochburg-weht-IJOVC7MAVNA77KBHNCERXQXNI.html>
- RND. (2024a, 22. Juni). CSD in München: Mit Bass und Regenbogenflaggen „gemeinsam gegen Rechts“. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/panorama/csd-in-muenchen-mit-bass-und-regenbogenflaggen-gemeinsam-gegen-rechts-F67DB72HTRIQQVMMNKOWPR4KKXA.html>
- RND. (2024b, 21. Juli). Politiker und Promis feiern beim Kölner CSD mit und fordern: Kein „Rollback“ queerer Rechte. *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/panorama/koelner-csd-politiker-feiern-mit-und-fordern-kein-rollback-queerer-rechte-B6DZTHLQPFONXH64JOWCGQOGJE.html>
- Röhnsch, H. (2024, 14. Juli). Regenbogenfahne über Pirna. *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Abgerufen aus Archiv der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.
- Röhrich, S. (2024, 23. Juni). Wie eine rechte Konterkampagne gegen den Pride Month hetzt. *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/stolzmonat-die-gegenkampagne-zum-pride-month-von-rechts-aussen-19766448.html>
- Scheiwe, H. (2024, 19. Juli). Die queere Community feiert: Wie sicher sind die CSDs? *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von

- <https://www.op-marburg.de/panorama/wie-sicher-sind-csd-paraden-in-deutschland-verbaende-und-polizei-fordern-mehr-schutz-AGSPR3WEVNBMHNCI5COF5YFVQA.html>
- Schneider, L., & Richter, T. (2024, 6. Juli). Marburger CSD 2024: "Trans\*formation all over the world". *Oberhessische Presse*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.op-marburg.de/lokales/marburg-biedenkopf/marburg/marburger-csd-2024-transformation-all-over-the-world-100787bf-c296-4077-a276-4a6e7aa37c93.html>
- Schröder, L. (2024, 17. Mai). Ein Regenbogen ohne Braun. *die Tageszeitung (TAZ)*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://taz.de/Christopher-Street-Day-in-Berlin/!5998965&s=csd/>
- Stieneker, S. (2024, 4. Juli). Israelsolidarische Pride Parade. *Jungle World*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://jungle.world/artikel/2024/27/berliner-east-pride-gegen-israelfeindlichkeit-israelsolidarische-pride-parade>
- Stöver, M. (2024, 20. Juni). "Demonstrationen müssen dort stattfinden, wo es unbequem ist." *Jungle World*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://jungle.world/artikel/2024/25/east-pride-2024-demonstrationen-muessen-dort-stattfinden-wo-es-unbequem-ist>
- Süddeutsche Zeitung (2024). CSD in München- Eine bunte Parade für die Vielfalt. *Süddeutsche Zeitung*. Abgerufen am 10.01.2025 von <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/csd-muenchen-2024-bilder-parade-lux.RCECTWr9RqZu-Luv4jVxUfv>.
- Wahlström, M., Peterson, A., & Wennerhag, M. (2018). "Conscience adherents" revisited: Non-LGBT Pride participants. *Mobilization: An International Quarterly*, 23(1), 83–100.
- Wahmkow, J. (2024, 29. Juli). Queeres Volksfest gegen die AfD; Mindestens 250.000 zogen am Samstag durch Berlin, um queeres Leben zu feiern. Dabei gab sich der CSD erfreulich politisch. *die Tageszeitung (TAZ)*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://taz.de/Queeres-Volksfest-gegen-die-AfD/!6026782/>
- Wasenmüller, J. (2024, 12. August). Menge schafft Mut. *die Tageszeitung (TAZ)*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://taz.de/CSDs-in-Sachen/!6026782/>
- WELT Online. (2024a, 21. Mai). Polizei zieht nach CSD Bilanz: Störungen und Anfeindungen. *WELT Online*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article241898502/Polizei-zieht-nach-CSD-Bilanz-Stoerungen-und-Anfeindungen.html>
- WELT Online. (2024b, 2. Juni). Rechtsextreme Gruppierung stört CSD-Demo in Dresden. *WELT Online*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242058489/Rechtsextreme-Gruppierung-stoert-CSD-Demo-in-Dresden.html>
- WELT Online. (2024c, 22. Juli). Gruppe reißt beim CSD Regenbogenfahnen ab. *WELT Online*. Abgerufen am 26. November 2024 von <https://www.welt.de/politik/deutschland/article242019598/Gruppe-reisst-beim-CSD-Regenbogenfahnen-ab.html>
- WELT Online. (2024d, 27. Juli). Nahostkonflikt auch beim Dyke\* March. *WELT Online*. Abgerufen aus Nexis.
- WELT Online. (2024e, 29. Juli). LGBTQI-Rechte: CDU hält Grundgesetz-Änderung wegen sexueller Orientierung für unnötig. *WELT Online*. Abgerufen aus Nexis.
- Wintzer, J. (2016). *Qualitative Methoden in der Sozialforschung*. Berlin Heidelberg: Springer.

Zuletzt sind die folgenden ipb working paper erschienen:



### **Für Vielfalt, Toleranz und Miteinander: Protest in einer ostdeutschen Kleinstadt**

**Autor:** Dieter Rucht

**Veröffentlicht:** (2/2024)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-vielfalt-toleranz-und-miteinander/>



### **Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus: Profil und Dynamik der jüngsten Protestwelle**

**Autor\*innen:** Dieter Rucht

**Veröffentlicht:** (1/2024)

<https://protestinstitut.eu/publikationen/fuer-demokratie-gegen-rechtsextremismus/>



### **Klimaproteste in Deutschland – wenig Abgrenzung zwischen den Protestgruppen**

**Autor\*innen:** Sebastian Haunss, Priska Daphi, Jan Matti Dollbaum, Jannis Grimm, Larissa Meier

**Veröffentlicht:** April 2023

<https://protestinstitut.eu/publikationen/klimaproteste-in-deutschland-wenig-abgrenzung-zwischen-den-protestgruppen/>

Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb)

<https://protestinstitut.eu/>